



## 46. Sitzung, Freitag, 30.06.2023

—

Magdeburg, Landtagsgebäude

Eröffnung .....	3	Antrag Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - <b>Drs. 8/2770</b>	
		Sebastian Striegel (GRÜNE) .....	5
		Guido Kosmehl (FDP) .....	9
		Sebastian Striegel (GRÜNE) .....	10
		Dr. Hans-Thomas Tillschneider (AfD) .....	10
		Sebastian Striegel (GRÜNE) .....	11
		Dr. Katja Pähle (SPD) .....	12
		Abstimmung .....	12
<b>Tagesordnungspunkt 15</b>			
Zweite Beratung			
<b>Entwurf eines Gesetzes zur Einführung einer Ausbildungsvergütung in der Pflegehilfe</b>			
Gesetzentwurf Landesregierung - <b>Drs. 8/2521</b>			
Beschlussempfehlung Ausschuss für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Gleichstellung - <b>Drs. 8/2844</b>			
(Erste Beratung in der 41. Sitzung des Landtages am 28.04.2023)			
Dr. Anja Schneider (Berichterstatterin) .....	3	<b>Tagesordnungspunkt 29</b>	
Abstimmung .....	4	Erste Beratung	
		<b>Theater- und Orchesterlandschaft sichern</b>	
		Antrag Fraktion DIE LINKE - <b>Drs. 8/2797</b>	
<b>Tagesordnungspunkt 26</b>		Stefan Gebhardt (DIE LINKE) .....	13
Erste Beratung		Dr. Hans-Thomas Tillschneider (AfD) .....	16
		Guido Kosmehl (FDP) .....	17
<b>Reform der juristischen Ausbildung</b>		Abstimmung .....	17

**Tagesordnungspunkt 30**

Erste Beratung

**Offensive für die Fachkräfteausbildung  
- Ausbildungsumlage und Prämien für  
Schülerpraktika jetzt!**Antrag Fraktion DIE LINKE - **Drs. 8/2804**

Monika Hohmann (DIE LINKE).....	18
Matthias Lieschke (AfD).....	21
Monika Hohmann (DIE LINKE).....	21
Thomas Keindorf (CDU).....	21
Monika Hohmann (DIE LINKE).....	21
Petra Grimm-Benne (Ministerin für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Gleichstellung).....	22
Monika Hohmann (DIE LINKE).....	23
Petra Grimm-Benne (Ministerin für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Gleichstellung).....	23
Matthias Redlich (CDU).....	24
Matthias Lieschke (AfD).....	25
Jörg Bernstein (FDP).....	26
Susan Sziborra-Seidlitz (GRÜNE).....	27
Dr. Katja Pähle (SPD).....	28
Monika Hohmann (DIE LINKE).....	29
Abstimmung.....	30

**Tagesordnungspunkt 32**

Erste Beratung

**Bundesgartenschau 2035 - Stadt Dessau-  
Roßlau bei der Bewerbung unterstützen**Antrag Fraktionen DIE LINKE und BÜND-  
NIS 90/ DIE GRÜNEN - **Drs. 8/2815**

Cornelia Lüddemann (GRÜNE).....	30
Marco Tullner (CDU).....	32
Cornelia Lüddemann (GRÜNE).....	32
Dr. Anja Schneider (CDU).....	33

Cornelia Lüddemann (GRÜNE).....	33
Christina Buchheim (DIE LINKE).....	33
Michael Richter (Minister der Finanzen).....	35
Holger Hövelmann (SPD).....	36
Frank Bommersbach (CDU).....	38
Holger Hövelmann (SPD).....	38
Nadine Koppehel (AfD).....	39
Guido Heuer (CDU).....	40
Nadine Koppehel (AfD).....	41
Jörg Bernstein (FDP).....	41
Christina Buchheim (DIE LINKE).....	42
Ulrich Siegmund (AfD).....	44
Eva von Angern (DIE LINKE).....	45
Karin Tschernich-Weiske (CDU).....	46
Cornelia Lüddemann (GRÜNE).....	47
Abstimmung.....	48

**Tagesordnungspunkt 33**

Beratung

**Bericht über den Stand der Beratung  
zum Antrag „Baustein zur Mobili-  
tätswende: Dienstradleasing für  
Beamt\*innen in Sachsen-Anhalt  
ermöglichen“ - Drs. 8/1661**Berichterstattungsverlangen Fraktion  
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - **Drs. 8/2761**

Detlef Gürth (Berichtersteller).....	49
Cornelia Lüddemann (GRÜNE).....	49
Hagen Kohl (AfD).....	51

**Schlussbemerkungen.....** 53**Wortmeldung einer Fraktionsvorsitzenden  
gemäß § 61 Abs. 1a GO.LT**

Eva von Angern (DIE LINKE).....	53
---------------------------------	----

Beginn: 9:31 Uhr.

## Eröffnung

### Vizepräsident Wulf Gallert:

Guten Morgen, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich begrüße alle Abgeordneten und Regierungsmitglieder und fordere Sie auf, bitte Platz zu nehmen.

*(Unruhe)*

Nachdem wir nunmehr Arbeitsatmosphäre erreicht haben, können wir in die überschaubare Tagesordnung eintreten, die aufgrund der effektiven Arbeit in den letzten zwei Tagen doch wieder einen angenehmen Umfang erreicht hat. Wir beginnen mit dem

### Tagesordnungspunkt 15

Zweite Beratung

#### Entwurf eines Gesetzes zur Einführung einer Ausbildungsvergütung in der Pflegehilfe

Gesetzentwurf Landesregierung - **Drs. 8/2521**

Beschlussempfehlung Ausschuss für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Gleichstellung - **Drs. 8/2844**

(Erste Beratung in der 41. Sitzung des Landtages am 28.04.2023)

Berichterstatterin ist Frau Dr. Anja Schneider. Bevor sie das Wort ergreift, stelle ich noch kurz für das Protokoll die Beschlussfähigkeit

fest. - Bitte, Frau Dr. Schneider. Sie haben das Wort.

### Dr. Anja Schneider (Berichterstatterin):

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine lieben Kollegen! Der Landtag von Sachsen-Anhalt überwies den Gesetzentwurf der Landesregierung in der Drs. 8/2521 in der 41. Sitzung am 28. April dieses Jahres zur federführenden Beratung an den Ausschuss für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Gleichstellung. Mitberatend wurden die Ausschüsse für Bildung und für Finanzen beteiligt.

Es besteht ein hoher Bedarf an Pflegehelferinnen und Pflegehelfern in Sachsen-Anhalt. Deshalb muss die Ausbildung in diesem Beruf dringend attraktiver gestaltet werden. Für diese Berufsgruppe ist im Land Sachsen-Anhalt die Schulgeldfreiheit bereits umgesetzt worden. Da offen ist, ob auf der Bundesebene die rechtlichen Voraussetzungen für die Zahlung einer Ausbildungsvergütung für Pflegehelferinnen und Pflegehelfer geschaffen werden, soll die Zahlung einer Ausbildungsvergütung landesrechtlich umgesetzt werden. Der Gesetzesvorschlag zielt auf eine verpflichtende Regelung ab, da alle Schülerinnen und Schüler des Bildungsganges Pflegehilfe nach der BbS-VO von der Einführung profitieren sollen.

Der federführende Ausschuss für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Gleichstellung befasste sich erstmals in der 24. Sitzung am 10. Mai 2023 mit dem Gesetzentwurf und verständigte sich auf die Durchführung eines schriftlichen Anhörungsverfahrens.

Der Ausschuss befasste sich in der 25. Sitzung am 14. Juni 2023 erneut mit dem Gesetzentwurf. Zu dieser Beratung lagen schriftliche

Stellungnahmen sowie eine Synopse des Gesetzgebungs- und Beratungsdienstes in der Vorlage 4 vor. Der Ausschuss erarbeitete eine vorläufige Beschlussempfehlung und empfahl einstimmig die Annahme des Gesetzentwurfes unter Berücksichtigung der Änderungsempfehlungen des Gesetzgebungs- und Beratungsdienstes.

Der mitberatende Ausschuss für Bildung befasste sich in der 22. Sitzung am 15. Juni 2023 mit der vorläufigen Beschlussempfehlung. Zu dieser Beratung lag ein Änderungsantrag der Fraktionen der CDU, der SPD und der FDP vom 14. Juni 2023 vor. Damit wurde die Aufnahme der Berufsfachschule für Berufe in der medizinischen Technologie in § 2 Abs. 4 Nr. 7 des Schulgesetzes des Landes Sachsen-Anhalt empfohlen. Damit soll das Schulgesetz für derartige Schulen für anwendbar erklärt werden. Im Ergebnis der Beratung empfahl der Ausschuss für Bildung, den Gesetzentwurf in der Fassung der vorläufigen Beschlussempfehlung mit weiteren Änderungen gemäß dem Änderungsantrag anzunehmen.

Der mitberatende Ausschuss für Finanzen befasste sich in der 42. Sitzung am 28. Juni 2023 mit dem Gesetzentwurf. Im Ergebnis der Beratung empfahl er, den Gesetzentwurf in der Fassung der vorläufigen Beschlussempfehlung anzunehmen.

Der Ausschuss für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Gleichstellung befasste sich in der Sitzung am 28. Juni 2023 erneut mit dem Gesetzentwurf und übernahm die vom mitberatenden Ausschuss für Bildung vorgeschlagenen Änderungen einstimmig. Im Ergebnis dieser Beratung hat der Ausschuss die Ihnen in der Drs. 8/2844 vorliegende Beschlussempfehlung erarbeitet. Er empfiehlt, den Gesetzentwurf

der Landesregierung in der geänderten Fassung anzunehmen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Im Namen des Ausschusses für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Gleichstellung bitte ich um Zustimmung zu der Beschlussempfehlung. - Vielen Dank.

*(Zustimmung bei der CDU, bei der SPD und bei der FDP)*

#### **Vizepräsident Wulf Gallert:**

Es gibt keine Fragen an die Berichterstatterin. Es ist vereinbart worden, hierzu keine Debatte zu führen. Insofern können wir gleich zur

#### **Abstimmung**

kommen. Gibt es Einwände dagegen, über den Gesetzentwurf in der Fassung der Beschlussempfehlung insgesamt abzustimmen? - Das scheint nicht der Fall zu sein. Deswegen kommen wir jetzt zur Abstimmung. Wir stimmen ab über den Gesetzentwurf in der Fassung der vorliegenden Beschlussempfehlung des Ausschusses für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Gleichstellung in der Drs. 8/2844. Wer dafür ist, den bitte ich um das Kartenzeichen. - Das scheinen alle Fraktionen zu sein.

*(Zustimmung von Ministerin Petra Grimm-Benne)*

Zur Sicherheit frage ich: Gibt es Gegenstimmen? - Keine. Stimmenthaltungen? - Keine. Damit ist dieser Gesetzentwurf einstimmig angenommen worden. Wir beenden damit den Tagesordnungspunkt 15.

Wir kommen nunmehr zu dem

## Tagesordnungspunkt 26

Erste Beratung

### Reform der juristischen Ausbildung

Antrag Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - **Drs. 8/2770**

Einbringer für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN ist Herr Striegel. - Herr Striegel, Sie haben das Wort. Bitte sehr.

#### Sebastian Striegel (GRÜNE):

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herrn! Die juristische Ausbildung besteht in ihren Grundstrukturen seit rund 150 Jahren unverändert. Wir reden von einer Zeit, in der Otto von Bismarck Reichskanzler war, als es noch keine einheitliche Kodifikation des Privatrechts gab - das BGB trat bekanntlich erst im Jahr 1900 in Kraft - und als es nur Studenten der Rechtswissenschaften gab - Frauen durften erst ab dem Jahr 1922 ein Staatsexamen ablegen.

*(Ulrich Siegmund, AfD: Frauen können auch Studenten sein, Herr Striegel!)*

Ja, das Bild, das einem im Kopf entstehen mag, ist doch sehr antiquiert und verstaubt. Es wäre aber zu einfach, die Analogie zum Jurastudium zu ziehen. Seither ist in der juristischen Ausbildung viel passiert, strukturell, inhaltlich und insbesondere natürlich auch in den Köpfen.

Das Jurastudium hat mit dem Schwerpunktbereich einen wichtigen Teil des Studiums hinzugewonnen, in dem sich Studierende in einen Themenbereich vertiefen und dabei auch wissenschaftliches Arbeiten erlernen. Mit der Schwerpunktprüfung legen die Studierenden einen universitären Pflichtteil des ersten Staatsexamens ab. Dieser macht in Sachsen-Anhalt sogar 40 % des Staatsexamens aus, alles sehr zum Frust vieler altherwürdiger Herren, deren es weiterhin viele zu geben scheint.

Auch sonst ist Sachsen-Anhalt bei seiner juristischen Ausbildung reformfreudig. Als erstes Bundesland boten wir den Studierenden an, das zweite juristische Staatsexamen elektronisch zu schreiben. Offene Stellen am Daumen, Sehenscheidenentzündung an der Schreibhand, Krämpfe in der fünften Prüfungsstunde und frustrierte Korrektor\*innen ob der unleserlichen Schrift - all das soll der Vergangenheit angehören.

Die Attraktivität des Ausbildungsstandortes konnte durch diese Maßnahme gesteigert werden. Zum ersten Mal seit Jahren wurde wieder eine vierte Referendar-AG in Stendal und dann in Magdeburg eröffnet. An dem Erfolgsmodell soll festgehalten werden. In der Zukunft soll das Modell nun endlich auch für das erste Staatsexamen eingeführt werden - gut so.

Insgesamt, so scheint es, läuft die Ausbildung an der Universität Halle-Wittenberg gut. Seit Jahren kommt sie im bekannten CHE-Hochschulranking zu mehr als passablen Bewertungen. Auf universitärer Ebene wird viel getan, um die Qualität der Ausbildung hochzuhalten und die Studierenden bestmöglich auf das Examen vorzubereiten. So sei auch hier noch einmal der hohe Einsatz der Professor\*innen

und Dozierenden zu nennen, die seit Jahren mit starkem Einsatz und über ihre Kapazitäten hinaus insbesondere für eine enge Betreuung zu Studienbeginn sorgen und die Studierenden in einem seit den Anfängen als Vorbild für viele andere Fakultäten dienenden universitätsinternen Repetitorium auf das erste Staatsexamen vorbereiten.

*(Zustimmung von Olaf Meister, GRÜNE)*

Wieso also vor diesem Hintergrund unser Antrag, werden manche möglicherweise denken - die altehrwürdigen Herren vielleicht, weil es schon immer so war, und die anderen, weil wir in Sachsen-Anhalt bereits so viel Gutes machen.

Aus der Perspektive eines Nichtjuristen, so scheint es mir, gibt es enorm starke Beharrungskräfte unter den Jurist\*innen, egal in welchem Gewand sie daherkommen. Das mag daran liegen, dass die juristischen Staatsexamen als anspruchsvollste Prüfungen überhaupt gelten und deutsche Jurist\*innen international einen sehr guten Ruf genießen. Das mag auch daran liegen, dass die negativen Seiten des Studiums in der Erinnerung verblasen, dass Stress und Qualen im Jurastudium rückblickend als notwendige Feuertaufe gerechtfertigt werden, um in der hitzigen und konfrontativen juristischen Praxis bestehen zu können - Narrative, die das Selbstbild eines unangreifbaren, über alle Zweifel erhabenen Juristen stützen mögen, die es jedoch zu hinterfragen gilt.

Mit der juristischen Ausbildung an der Universität Halle-Wittenberg und am OLG Naumburg sichert das Land Sachsen-Anhalt die Funktionsfähigkeit des Rechtsstaates. Dort werden Richter\*innen, Staatsanwälte, Verwaltungsjurist\*innen, Notar\*innen und Rechtsanwälte ausgebildet, Letztere übrigens als unabhängiger Teil der

Rechtspflege, eine Rolle, die in der öffentlichen Auseinandersetzung oftmals untergeht.

Es ist unsere Pflicht, die Qualität der Ausbildung zu sichern und zu fördern. Das Land hat ein wohlverstandenes eigenes Interesse daran, wohlüberlegt und mit Blick nach vorn die Weichen für eine zukunftsfähige juristische Ausbildung zu stellen, die die Belange aller Akteur\*innen und Akteure in den Blick nimmt und auskömmlich finanziert wird. Das gelingt bspw. im Bereich der Gewinnung von Richter\*innen auf Probe schon sehr gut. Ich will die Ministerin - sie ist heute leider nicht da, weil sie auf der Verbraucherschutzministerinnenkonferenz ist - ausdrücklich loben.

Im Parlament haben wir den Raum dafür, die verschiedenen Akteure anzuhören

*(Oliver Kirchner, AfD: Akteur\*innen!)*

und Argumente auszutauschen, um die besten Impulse, maßgeschneidert für unser Land, für unsere Ausbildungsstandorte und für die verschiedenen Berufsgruppen zu gewährleisten. Es ist daher richtig, dass wir Reformbemühungen auch vonseiten des Parlaments anstoßen und moderieren.

Anlass zu unserem Antrag gab die jüngst veröffentlichte Studie von „iur.reform“. An der Umfrage hat die stattliche Anzahl von rund 12 000 Studierenden, Referendaren, Lehrenden und Praktiker\*innen teilgenommen. Abgefragt wurden darin Reformthesen, über die in den letzten 20 Jahren intensiv in der Fachwelt diskutiert wurde. Erstmals bekommen wir mit den Ergebnissen der Umfrage einen Überblick über Zustimmungswerte zu den verschiedenen Thesen, aufgeschlüsselt nach Teilnehmer\*innengruppen. Es sei vorangestellt, dass ein Curriculum natürlich nicht allein anhand der bloßen Zustimmungswerte der Betroffenen

konzipiert werden sollte. Dennoch bieten die Zahlen eine Grundlage für eine strukturelle Analyse, von der wir etwaige Reformansätze abhängig machen müssen.

Die Mehrheit der Teilnehmenden an der Umfrage ist unzufrieden mit der aktuellen juristischen Ausbildung. Ein Grund dafür könnte die hohe emotionale Belastung im Studium sein. Das Studium ist noch immer stark auf das Staatsexamen selbst ausgerichtet. Nach einem langjährigen Studium, das im Durchschnitt mehr als fünf Jahre dauert, zahlt insbesondere die staatliche Pflichtfachprüfung in die Endnote ein. Ein Scheitern am Ende des langen Studiums bedeutet einen Rückfall auf das Abitur. Ein Sicherheitsnetz wird hier nicht gezogen.

*(Zustimmung von Olaf Meister, GRÜNE)*

Auch ohne die Gefahr des Scheiterns erleben die Studierenden im Jurastudium einen hohen Druck, den Druck der Abschlussnoten. In kaum einem anderen Studiengang ist die Examensnote so entscheidend für den weiteren Berufsweg wie in Jura. Der Performancedruck treibt Studierende oft in die Hände der privaten Anbieter von Repetitorien, zu deren Geschäft ein Stück weit auch die Angst zählt.

*(Andreas Silbersack, FDP, lacht - Kathrin Taricone, FDP: Mann! Ehrlich! - Guido Kosmehl, FDP: Also wirklich! Unglaublich!)*

Manche Studierenden können sich ein das Studium zunächst verlängerndes Scheitern nicht leisten. Erfolgsdruck und Stress in der Vorbereitung zum Staatsexamen können Angstzustände und eine klinische Depression fördern. In einer Umfrage des Bundesverbandes rechtswissenschaftlicher Fachschaften rieten 70 % der Befragten aufgrund des psychischen Drucks vom Studium ab.

*(Zuruf von Guido Kosmehl, FDP - Andreas Silbersack, FDP, lacht - Unruhe)*

- Nehmen Sie doch einmal die Fakten zur Kenntnis, Herr Kosmehl. - Andere Studien, auch von der Universität Halle-Wittenberg, deuten darauf hin, dass jeder dritte Studierende an einer leichten bis schweren depressiven Symptomatik leidet. Ich glaube, das ist nichts, worüber man lachen könnte.

*(Andreas Silbersack, FDP: Es geht um die privaten Anbieter! - Zuruf von Anne-Marie Keding, CDU - Unruhe)*

Es war daher nicht überraschend, dass rund 75 % der Teilnehmenden sich dafür aussprachen, die Ausbildung emotional zu entlasten.

*(Zurufe - Unruhe)*

Über alle Teilnehmergruppen hinweg erfährt diese These Zustimmung. Dabei fällt etwas auf, das zentral ist und uns zu denken geben sollte: Unter den weiblichen Teilnehmenden erfährt die These bei 72 % volle Zustimmung, während das unter den männlichen Teilnehmenden nur bei 46,4 % der Fall ist.

*(Unruhe)*

**Vizepräsident Wulf Gallert:**

Herr Striegel, warten Sie einmal ganz kurz. - Es scheint einerseits eine interessante Fachdebatte zu sein,

*(Zuruf von der AfD: Nein! - Zuruf von Guido Kosmehl, FDP)*

auf der anderen Seite bekomme ich einen besonderen Eindruck von der Disziplin vor allem

von Juristen. Ich habe eigentlich gedacht, es gäbe nur einen besonderen Einschlag bei Pädagogen, aber offensichtlich ist das auch bei Juristen der Fall. Insofern würde ich darum bitten, ein bisschen mehr Ruhe einkehren zu lassen, um den Tagesordnungspunkt vernünftig zu Ende zu bringen. - Bitte, Herr Striegel.

**Sebastian Striegel (GRÜNE):**

Vielen Dank, Herr Präsident. - Ich würde mich insbesondere freuen, wenn die männlichen Juristen im Raum diesem Aufruf Folge leisten würden.

*(Ulrich Siegmund, AfD: Woher wollen Sie denn wissen, wer männlich ist? Sie wollen doch alles gendern! - Lachen - Unruhe)*

Hierbei besteht also der Verdacht, dass die Strukturen insbesondere Frauen benachteiligen.

*(Unruhe)*

Dieses Ergebnis ist besorgniserregend. Eine staatliche und per Gesetz festgeschriebene Ausbildung sollte nicht krankmachen und darf nicht diskriminieren.

Wir haben daher mit unserem Antrag ein paar Maßnahmen aufgegriffen, die leicht umzusetzen sind und die die Symptomatik lindern können. Dazu gehören die diverse Besetzung der Prüfungskommission und die unabhängige Zweitkorrektur der Staatsexamensklausuren. Zwar gehört erstere zur gängigen Praxis, es wäre jedoch auch richtig, dies in die Verordnung hineinzuschreiben.

Weiterhin wollen wir dem verbreiteten „Lernen gegen das Vergessen“ etwas entgegensetzen;

neuer Prüfungsstoff soll nur aufgenommen werden können, wenn alter Prüfungsstoff herausgenommen wird. Herr Kosmehl, der gerade ans Mikrofon geht, hat sich gestern schon um die Polizeiausbildung Sorgen gemacht. Vielleicht ist jetzt die Gelegenheit, dafür zu sorgen, dass es auch an dieser Stelle nicht zu einer Überforderung kommt, und klarzumachen: Wir nehmen an der einen Stelle etwas hinein und an der anderen Stelle etwas heraus.

Die Breite und Fülle des Prüfungsstoffs verhindert die Konzentration auf das Wesentliche: die juristische Methode. Auch das ist ein Beitrag zur emotionalen Entlastung.

Ein weiterer Baustein kann der integrierte Bachelor-Abschluss sein. Die Universität in Trier hat hierzu den ersten Schritt gewagt und diesen Studiengang eingeführt. Der integrierte Bachelor bedeutet im Kern, dass Studierende mit Hauptstudium, Schwerpunktstudium und Schwerpunktarbeit Leistungen erbringen, die einen Abschluss rechtfertigen. In der Folge können die Studierenden frisch und befreit in die Examensvorbereitung gehen, ohne die Angst - ich betone es -, im Falle eines Scheiterns nur mit ihrem Schulabschluss dazustehen. Das schafft Zugänge in den Arbeitsmarkt und eröffnet neue Möglichkeiten, sich mit einem Master weiter zu qualifizieren, ohne den Weg der Ausbildung zum Volljuristen weiterzugehen. Der Universitätsstandort könnte so sein Profil schärfen und seine Attraktivität steigern. Das Land sichert so auch die Qualität der Absolvent\*innen.

Das Staatsexamen selbst soll ausdrücklich nicht angefasst werden. Der Moment vor dem Examen, den Studierende oft mit den Worten beschreiben: „wenn einzelne Bäume zu einem Wald zusammenwachsen“ oder „wenn sich einzelne Sterne zu Sternbildern zusammenfügen“,



wenn Studierende also den Moment der Durchdringung erleben, ist wichtig und soll erhalten bleiben.

Sie sehen, unser Antrag birgt keine Umsturzphantasien. Er ist ein Impuls, eine fundierte Reformdebatte zu führen. Weitere Reformbedarfe sind zu identifizieren und insbesondere die emotionale Belastung der Studierenden und die diskriminierenden Faktoren der Ausbildung sind dabei in den Blick zu nehmen. Wir wollen dies gemeinsam mit allen demokratischen Fraktionen tun und beantragen deshalb eine Überweisung in den Rechtsausschuss - sinnvollerweise nachdem wir hier miteinander debattiert haben.

*(Zustimmung bei den GRÜNEN)*

Gleichzeitig könnte uns eine Anhörung im Rechtsausschuss auch Klarheit darüber geben, wie es um die juristische Ausbildung aktuell bestellt ist und wie sie in Zeiten

**Vizepräsident Wulf Gallert:**

Herr Striegel, warten Sie einmal kurz. Wir haben ein Problem. Sie liegen jetzt eine Minute über der Redezeit, die falsch angezeigt wird, weil sie mit 15 Minuten avisiert war. Sie haben aber nur zehn Minuten. Ich bin jetzt nachsichtig, aber kommen Sie bitte zum Schluss.

**Sebastian Striegel (GRÜNE):**

- ich bin tatsächlich beim letzten Satz - des demografischen Wandels und des großen Generationenwechsels für die Zukunft aufgestellt ist. Unterstützen Sie Sachsen-Anhalts Weg, die Qualität der juristischen Ausbildung

zu sichern und die Studierenden vor vermeidbaren Überlastungen zu schützen. - Vielen herzlichen Dank.

*(Beifall bei den GRÜNEN)*

**Vizepräsident Wulf Gallert:**

Jetzt gibt es zwei Interventionen. Erst einmal Herr Kosmehl. - Bitte, Sie haben das Wort. Eine Minute, ja?

**Guido Kosmehl (FDP):**

Danke, Herr Präsident. - Herr Kollege Striegel, ich habe mich gemeldet, weil ich - abseits von inhaltlichen Debatten, die man führen kann und auch führen muss, weil sich Ausbildung immer wieder verändert - Ihre in der gesamten Rede immer wieder geäußerten Stereotype einfach nicht so stehen lassen kann.

*(Beifall bei der FDP und bei der CDU - Zustimmung bei der AfD)*

Ich nenne ein Beispiel. Natürlich greifen Studenten, wenn sie an einer Universität, an einer juristischen Fakultät oder an der Alma Mater, an der ich studiert habe - das ist die Juristenfakultät Leipzig -, ein gutes Repetitorium als Vorbereitung auf die Staatsexamina haben, genau darauf zu.

*(Dr. Katja Pähle, SPD: Ja!)*

Wenn es das nicht gibt, gibt es eben auch private Anbieter. Und dabei gibt es einen Wettbewerb. Ihre Einlassung, dass privat wieder schlecht ist, dass private Anbieter mit der Angst der Studierenden ihr Geschäftsmodell betreiben, ist an den Haaren herbeigezogen.

*(Beifall bei der FDP und bei der CDU - Zustimmung bei der AfD)*

**Vizepräsident Wulf Gallert:**

Danke, Herr Kosmehl, die Minute ist um. - Herr Striegel, Sie können reagieren.

**Sebastian Striegel (GRÜNE):**

Herzlichen Dank, Herr Kosmehl. Ich würde mich freuen, wenn die FDP in diesem Landtag und die Juristen in der FDP in diesem Landtag die Debatte darüber mit den GRÜNEN führen würden. Sie verweigern diese heute. Sie wollen hier heute keine Debatte führen, so entnehme ich es der Tagesordnung. Das ist ausdrücklich schade.

*(Tobias Rausch, AfD: Das haben Sie doch mitgetragen! - Zuruf von Guido Kosmehl, FDP - Unruhe)*

Dann hätten wir an dieser Stelle - -

*(Frank Bommersbach, CDU: Sie haben doch alle zugestimmt! - Weitere Zurufe - Unruhe)*

Dann hätten wir an dieser Stelle miteinander sprechen können.

*(Tobias Rausch, AfD: Herr Meister hat zugestimmt!)*

- Hat er nicht.

*(Zurufe - Unruhe)*

An dieser Stelle möchte ich ganz deutlich sagen, dass ich das für völlig falsch halte.

*(Zurufe - Lachen - Unruhe)*

Ich möchte auch Herrn Kosmehl ausdrücklich sagen, dass ich an dieser Stelle mit Ihnen nicht einig bin.

*(Unruhe)*

Natürlich wird das Geschäft der Repetitorien zum Teil auch mit einem Gefühl der Angst betrieben.

*(Unruhe)*

**Vizepräsident Wulf Gallert:**

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die vorsichtige Hoffnung, dass sich die Emotionen bereits in den beiden letzten Tagen ausreichend abgearbeitet haben, ist bei mir offensichtlich verfrüht gewesen. Noch einmal: Wir brauchen jetzt nicht quer über alle Reihen die Ergebnisse der Arbeitsgemeinschaft der Parlamentarischen Geschäftsführer zu diskutieren. Das werden wir hier jetzt nicht mehr klären können.

*(Oliver Kirchner, AfD: Doch!)*

Wir versuchen jetzt einmal, das zu einem Ende zu bringen. Falls es ganz schlimm ist, kann sich jemand von Ihnen mit einer persönlichen Bemerkung nach der Tagesordnung bei mir melden. Aber ich hoffe, wir kommen darum herum.

Wir haben noch eine Intervention von Herrn Tillschneider. - Auch für Sie eine Minute, Herr Tillschneider. Sie haben das Wort.

**Dr. Hans-Thomas Tillschneider (AfD):**

Ich verstehe, dass das Jurastudium den GRÜNEN ein Dorn im Auge ist. Denn das Jurastudium gehört neben dem Medizinstudium zu

den wenigen Studienfächern, die dieser schädlichen BA/MA-Reform widerstanden haben und gegen diesen Unsinn, gegen diese Abwicklung der deutschen Universität ein Stück deutsche Universität hinübergerettet hat. Dafür bin ich den Juristen dankbar. Das deutsche Staatsexamen soll so bleiben. - Punkt 1.

Punkt 2. Eines haben Sie nicht verstanden. Man muss sich anstrengen für das Jurastudium. Ich habe das nicht studiert, aber bei meinen Kommilitonen habe ich es gesehen: Das sind extreme Stressphasen; sie müssen ein enormes Maß an Disziplin aufbringen. Ich habe Respekt vor ihnen. Ich finde aber, dass das erhalten werden sollte.

*(Zuruf von der AfD: Ja!)*

Denn das ist Bildung. Bildung heißt nicht, es einem so leicht wie möglich zu machen und überall den Weg des geringsten Widerstandes zu gehen. Bildung heißt sich anzustrengen, Gott verdammt, und dann Leistung zu bringen. Nur so entsteht etwas in diesem Land!

*(Beifall bei der AfD)*

**Vizepräsident Wulf Gallert:**

Herr Striegel, Sie können antworten.

**Sebastian Striegel (GRÜNE):**

Herr Tillschneider, es ist ja bekannt, dass bei Ihnen in der Partei die Zähigkeit oder die Schnelligkeit eine größere Rolle spielen.

*(Oh! bei der AfD - Zurufe von der AfD und von Andreas Schumann, CDU)*

Deutschsein allein ist allerdings noch keine Qualität.

*(Christian Hecht, AfD: Sie sind nicht geeignet, Herr Striegel! - Weitere Zurufe - Unruhe)*

Ich muss an dieser Stelle sagen: Nein, es geht nicht darum, das erste oder das zweite Staatsexamen abzuschaffen, sondern es geht darum, an dieser Stelle für die Möglichkeit zu sorgen, dass es auch andere Wege gibt. Menschen bewusst in emotionale Instabilitäten zu führen,

*(Zurufe - Unruhe)*

ist an dieser Stelle der falsche Weg. Ich höre es doch von den Lehrenden, ich höre es von den Studierenden, von allen Fachleuten gibt es die klare Ansage: Wir müssen an dieser Stelle etwas tun.

*(Zurufe - Unruhe)*

Deutschsein allein macht einen Studiengang nicht besser. - Herzlichen Dank.

*(Zustimmung - Unruhe)*

**Vizepräsident Wulf Gallert:**

Werte Kolleginnen und Kollegen! Jetzt will ich doch einmal auf ein paar Basics, die man eigentlich schon im Kindergarten lernt, hinweisen. Wenn es eine Intervention gibt, dann muss derjenige, auf den reagiert wird, auch die Chance haben, wiederum darauf zu reagieren. Dann kann es nicht sein, wenn von der Fraktion, aus der die Intervention kommt, der Mann hier vorn niedergebrüllt wird. Mensch, jetzt reißen Sie sich doch mal ein bisschen

zusammen! Das kriegen wir doch wohl heute noch vernünftig über die Bühne.

*(Zurufe - Unruhe)*

Jetzt gibt es eine Wortmeldung der Fraktionsvorsitzenden Frau Pähle. - Bitte sehr.

**Dr. Katja Pähle (SPD):**

Vielen Dank, Herr Präsident. - Ich möchte der Ordnung halber zu diesem Tagesordnungspunkt eines ganz unemotional klarstellen: Die Parlamentarischen Geschäftsführer - ich gestern in der Vertretung für meinen Parlamentarischen Geschäftsführer - haben sich gestern mehrfach über die Tagesordnung gebeugt, um den Zeitplan zu straffen. Sie alle wissen noch, mit welcher Zeiterwartung wir gestern in den Tag gestartet sind und mit welcher wir gestern in den heutigen Tag gestartet sind. Deshalb haben gestern alle Fraktionen darüber beraten, welche Tagesordnungspunkte wir in den Reden einkürzen können, welche nur mit einem Redner gestaltet werden und bei welchen auf eine Debatte verzichtet wird.

Die GRÜNEN haben bei diesem Tagesordnungspunkt berechtigterweise für sich in Anspruch genommen zu reden. Alle anderen haben signalisiert: Aus Zeitgründen würden wir den Tagesordnungspunkt auf „ohne Debatte“ stellen. Das hat mit einer Verweigerung der Debatte in der Sache überhaupt nichts zu tun.

*(Beifall bei der SPD, bei der CDU und bei der FDP)*

Herr Kollege Striegel, bei allem Verständnis für Ihren Antrag und auch für die Emotionalität, mit der Sie Ihr Anliegen vorbringen, halte ich Ihre Einlassung für sachlich falsch.

*(Beifall bei der SPD, bei der CDU und bei der FDP - Guido Heuer, CDU: Richtig! - Weitere Zurufe)*

Deshalb bitte ich darum, das anders im Protokoll zu vermerken. - Vielen Dank.

*(Unruhe)*

**Vizepräsident Wulf Gallert:**

Dann können wir jetzt vielleicht zu den Dingen kommen, die wir zu erledigen haben.

**Abstimmung**

Es gab einen Überweisungsantrag zu dieser Drucksache.

*(Unruhe)*

- Können wir bitte zur Abstimmung kommen? Es wäre schön, wenn die Abgeordneten zumindest wissen könnten, worüber wir abstimmen.  
- Wir haben einen Antrag auf Überweisung für die Drs. 8/2770. Wer einer Überweisung dieser Drucksache zustimmt, den bitte ich um das Kartenzeichen.

*(Zurufe)*

- Das ist der Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, einen anderen haben wir hier nicht.

*(Zuruf)*

Eine Überweisung soll in den Rechtsausschuss erfolgen, etwas anderes habe ich hier vorn akustisch nicht vernommen.

*(Dr. Katja Pähle, SPD: Wissenschaft!)*

- Und zur Mitberatung in den Wissenschaftsausschuss. Dafür war es schon wieder zu laut.

Also zur federführenden Beratung in den Rechtsausschuss, zur Mitberatung in den Wissenschaftsausschuss. Wer dafür ist, den bitte ich um das Kartenzeichen. - Das sind die Fraktion DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und die Koalitionsfraktionen. Wer ist dagegen? - Das ist die AfD-Fraktion. Damit ist dieser Antrag in die genannten Ausschüsse überwiesen worden und der Tagesordnungspunkt 26 ist geschlossen.

Wir kommen zu dem

### **Tagesordnungspunkt 29**

Erste Beratung

#### **Theater- und Orchesterlandschaft sichern**

Antrag Fraktion DIE LINKE - **Drs. 8/2797**

Einbringer ist Herr Gebhardt. - Sie haben das Wort, bitte sehr.

#### **Stefan Gebhardt (DIE LINKE):**

Vielen Dank, Herr Präsident. - Meine sehr geehrten Damen und Herren! Auch hierzu haben wir uns darauf verständigt, auf eine Debatte zu verzichten und lediglich den Antrag einzubringen, weil rechtzeitig signalisiert worden ist, dass es eine Ausschussüberweisung geben soll. Ich freue mich ausdrücklich darüber, dass die Koalitionsfraktionen die Debatte zu diesem Antrag mit uns im Ausschuss führen wollen.

*(Zustimmung bei der CDU)*

Herzlichen Dank schon einmal dafür.

*(Frank Bommersbach, CDU: Danke für die Wahrheit!)*

Wenn ich schon einmal im freundlichen Ton bin, will ich auch gern dabeibleiben. Ich will gern gleich zu Beginn meiner Rede - es geht um die Theater und Orchester - zwei Dinge lobend herausstellen. Das Erste sind natürlich die Theater und Orchester in unserem Land selbst. Sie leisten seit vielen, vielen Jahren eine großartige Arbeit. Die deutlich steigenden Zuschauerzahlen nach der Pandemie sprechen hierzu eine klare Sprache. Das sind erfreuliche Entwicklungen. Die Theaterlandschaft in Sachsen-Anhalt kann sich wirklich sehen lassen, liebe Kolleginnen und Kollegen.

*(Zustimmung bei der LINKEN, bei der CDU, bei der SPD und von Guido Kosmehl, FDP)*

Damit bin ich auch schon bei dem zweiten Lob, das ich genauso ehrlich meine. Ich will mich an dieser Stelle ausdrücklich bei unserem Kulturminister Herrn Robra bedanken.

*(Zuruf von der CDU: He!)*

Er hat in den letzten Jahren viel zur Stabilität der Theater- und Orchesterlandschaft beigetragen - das sage ich aus voller Überzeugung, auch als Oppositionspolitiker -, weil ein hohes Maß an Verlässlichkeit gegeben war. Dabei will ich daran erinnern, dass wir in der Vergangenheit, vor Herrn Robra, schon die eine oder andere Debatte hier im Landtag hatten, weil es mit dem Kulturminister nicht so funktioniert hat und weil diese Verlässlichkeit nicht gegeben war.

Herr Robra, Sie sind tatsächlich auch ein Kulturmensch. Ich weiß, dass Sie mit Herz

und Leidenschaft und ebenso mit viel Sachverstand dabei sind. Ich sage das in der Hoffnung, dass das auch bei den zukünftigen Theater- und Orchesterverträgen so bleibt und dass wir Ihnen heute mit diesem Beschluss, mit diesem Text vielleicht die notwendige Rückendeckung für die Verhandlungen geben können, die für die Theater- und die Orchesterverträge jetzt anstehen.

*(Beifall bei der LINKEN und bei der CDU - Zustimmung von Dr. Katja Pähle, SPD)*

Ich finde es ausdrücklich gut, dass wir im letzten Landeshaushalt von Anfang an eine Dynamisierung bei den Theater- und den Orchesterverträgen beschlossen haben. Das beruht auf dem alten Dynamisierungsansatz. Aber auch in der Vergangenheit war es keine Selbstverständlichkeit, dass wir uns als Land an den Tarifsteigerungen bei den Theatern und den Orchestern beteiligen. Denn sie gehören uns nicht. Wir sind nicht die Träger der Theater, aber wir haben natürlich eine große Verantwortung für die Theater- und die Orchesterlandschaft selbst.

Ich will daran erinnern, dass die Tarife oder die Löhne an den Häusern in der Vergangenheit - na ja, ich sage es einmal vorsichtig - nicht zufriedenstellend waren. Es wurden wirklich zu Recht Debatten über unsägliche Haustarife geführt. Wir hatten einen breit geöffneten Niedriglohnsektor zu verzeichnen, weniger im Orchester, aber hauptsächlich im Theaterbereich. Diesbezüglich hat sich in den letzten Jahren doch einiges Erfreuliches getan.

Ich will einmal drei Beispiele nennen. Die Mindestgagen an öffentlichen Bühnen stiegen vom 1. September 2022 bis Anfang 2023 in zwei Schritten von 2 000 € auf immerhin 2 715 €. Das macht unter dem Strich 37,5 % mehr für Solo-

selbstständige sowie Bühnentechnikerinnen und Bühnentechniker aus.

Zweites Beispiel. Teil des Abschlusses ist auch die Einführung einer Stufe in Form einer ebenfalls dynamisierten Beschäftigungszulage in Höhe von 200 € auf die Mindestgage in der Spielzeit 2023/2024.

Drittes Beispiel. Solobeschäftigte und Bühnentechniker, die länger als zwei Jahre an den Theatern arbeiten und dem Deutschen Bühnenverein angehören, erhalten mindestens 2 915 €. Das macht eine Steigerung um 47,5 % aus. Damit erhalten die ca. 2 700 €, von denen ich am Anfang gesprochen habe, tatsächlich nur die Anfänger im ersten Jahr.

Sie sehen also, das sind deutliche Steigerungen. Das macht natürlich die Häuser und natürlich auch den Beruf einer Schauspielerin bzw. eines Schauspielers noch einmal deutlich attraktiver. Das ist auch gut, was die Nachwuchsgewinnung betrifft. Das ist etwas, worüber wir uns einfach freuen sollten. Wir sollten glücklich sein, dass die Zeit mit den Haustarifverträgen offenbar überwunden ist.

*(Zustimmung von Eva von Angern, DIE LINKE, und von Andreas Schumann, CDU)*

Aber natürlich sind die Mehrbedarfe, die zusätzlich zu den Mehrbedarfen aufgrund der Inflationsrate entstehen, die wir auch alle kennen, eine finanzielle Herausforderung, würde ich einmal sagen. Wir hatten zu der letzten Landtagssitzung die Kolleginnen und Kollegen des Nordharzer Städtebundtheaters vor der Tür. Ich will ausdrücklich sagen: Es war auch toll, dass Oppositionspolitiker und Koalitionspolitiker gemeinsam draußen standen und ihnen ihre Unterstützung zugesagt haben.

Am Beispiel des Nordharzer Städtebundtheater lässt sich das deutlich machen. Es gibt einen Mehrbedarf von insgesamt 2 Millionen €. Die Forderung ist klar: Die Träger können 1 Million € übernehmen, aber die andere Million möge bitte schön vom Land kommen. Es wurde ein klarer Beschluss gefasst und gesagt: Wenn das nicht passiert, dann müssen wir uns von der Musiksparte verabschieden. - Das wäre insbesondere für den gesamten Harz, glaube ich, ein großes Drama. Wir brauchen diese Sparten im Nordharzer Städtebundtheater. Sie müssen erhalten bleiben und dafür sollten wir alles tun.

*(Beifall bei der LINKEN - Zustimmung bei den GRÜNEN und von Andreas Schumann, CDU)*

Es gab letztens noch eine andere Situation, zu der ich den Bogen schlagen möchte, um aufzuzeigen, warum wir zu diesem Antragstext gekommen sind, der Ihnen vorliegt. Wir hatten in der vorletzten Kulturausschusssitzung eine spannende Anhörung unserer beiden Stiftungen, nämlich der Kulturstiftung Dessau-Wörlitz und der Kulturstiftung Sachsen-Anhalt. Die beiden Chefs, Herr Prof. Meller und Herr Dr. Philippen, waren anwesend und haben uns sehr deutlich beschrieben, wie die finanzielle Situation dieser beiden Stiftungen ist. Sie haben auch auf die Tarifentwicklung verwiesen und deutlich darauf hingewiesen, wie sich die Inflationsrate auf die beiden Stiftungen ausgewirkt hat. Dazu gab eine für uns doch beeindruckende Reaktion der Koalitionsfraktionen. Diese haben dem Ausschuss nämlich einen Text vorgelegt, der dann - ich glaube, sogar einstimmig - beschlossen wurde. Zumindest die Empfehlung wurde einstimmig beschlossen. Der Text lautete wie folgt - ich zitiere -:

„Die Staatskanzlei wird gebeten, im Dreiklang Staatskanzlei, Finanzministerium und Stiftungen im Rahmen des Haushaltsauf-

stellungsverfahrens die aktuellen Herausforderungen der Kulturstiftung Dessau-Wörlitz und der Kulturstiftung Sachsen-Anhalt entsprechend dem Aufgabenzuwachs und den heute beschriebenen Bedarfen abzubilden.“

Übersetzt heißt das: Die Landesregierung soll bereits im Rahmen der Haushaltsaufstellung die Bedarfe, die die Stiftungen geäußert haben, vollständig abbilden. Sie sollen so bereits im Haushaltsplanentwurf stehen. Der Ausschuss, die Parlamentarier haben der Landesregierung dafür Rückendeckung gegeben. Das ist eine tolle Geschichte. Aber ich sage: Wer A sagt, der muss auch B sagen. Was den Stiftungen recht ist, das ist den Theatern lieb und teuer.

*(Dr. Katja Pähle, SPD, lacht - Cornelia Lüdde-mann, GRÜNE, lachend: „Teuer“ ist gut!)*

Deswegen haben wir für unseren Antrag exakt die gleiche Formulierung gewählt. Auch bei den Theatern und den Orchestern sollen dementsprechend die Bedarfe gleich im Rahmen der Haushaltsaufstellung abgebildet werden.

Wir denken, dass das der richtige Zeitpunkt ist. Denn jetzt befindet sich die Landesregierung mit den jeweiligen Trägern in den Verhandlungen für die Theater und die Orchester. Ich bin sehr optimistisch in Anbetracht der Signale, so wie ich sie bisher von Herrn Robra zumindest in der Presse vernommen habe. Das ist die Unterstützung, die wir als Landtag Herrn Robra bei den Verhandlungen geben wollen. Das gilt auch für die Gespräche, die mit Sicherheit mit dem Finanzministerium zu führen sind. Deswegen haben wir das schöne Wort „Dreiklang“ mit aufgenommen. Das haben wir von der Koalition so abgeschrieben.

*(Matthias Redlich, CDU, lacht)*

Ich denke, wir sollten schauen, dass wir das gemeinsam hibekommen. Aus den Erfahrungen von gestern, als es schon eine kulturpolitische Debatte gab, empfehle ich einfach nur: Lassen Sie uns uns vorher einigen. Sie wissen, wie es sonst ausgeht. - Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

*(Beifall bei der LINKEN - Dr. Katja Pähle, SPD, lacht - Marco Tullner, CDU, lachend: Das war eine Drohung! - Eva von Angern, DIE LINKE: Hoffnung! - Zuruf von Guido Kosmehl, FDP)*

#### **Vizepräsident Wulf Gallert:**

An sich gab es die Vereinbarung, hierzu keine Debatte zu führen. Aber es gibt von vornherein die Ansage, dass die Kollegen der AfD-Fraktion eine Wortmeldung realisieren wollen.

*(Zuruf von Tobias Rausch, AfD)*

Das übernimmt Herr Tillschneider. Die Redezeit beträgt drei Minuten. - Herr Tillschneider, Sie haben das Wort. Bitte sehr.

#### **Dr. Hans-Thomas Tillschneider (AfD):**

Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! DIE LINKE will mit vorliegendem Antrag festgestellt wissen, dass die Theater und die Orchester in Sachsen-Anhalt maßgeblich die Identität des Landes prägen. Selten hört man den Begriff der „Identität“ aus dem Munde der LINKEN bezogen auf das Land. Wenn die LINKEN von Identität sprechen, dann meinen sie doch zumeist die geschlechtliche Identität, weil ihr Denken sich durch eine seltsame Besessenheit von allem Sexuellen auszeichnet. Aber wenn wir nun feststellen sollen, dass die Theater und die Orchester die Identität des

Landes Sachsen-Anhalt prägen, dann wüsste ich doch zunächst gern, worin genau die Identität des Landes Sachsen-Anhalt nach den Vorstellungen der LINKEN besteht und

*(Thomas Lippmann, DIE LINKE: Das ist nicht euer Identitätsbegriff; das ist doch klar!)*

inwiefern die Bühnenkunst dazu beiträgt, oder ob es etwas gibt, worin sich die Bühnenkunst bei uns von der Bühnenkunst in anderen Bundesländern so markant unterscheidet, dass davon die Rede sein könnte, sie würde das Ihrige zur Landesidentität beitragen. Ansonsten ist das Ganze nicht mehr als eine gedankenlose Phrase, was ich vermute.

Für mich speist sich die Identität des Landes Sachsen-Anhalt ganz wesentlich aus seinen Vorgängergebilden der preußischen Provinz Sachsen, die im Jahr 1815 durch die Vereinigung von preußischem Altbesitz im Norden mit den ehemals sächsischen Gebieten im Süden geschaffen wurde und bis 1944 Bestand hatte.

Wenn wir also so etwas wie sachsen-anhaltische Identität pflegen wollten

*(Dr. Katja Pähle, SPD, und Cornelia Lüdde-mann, GRÜNE: Sachsen-anhaltische! - Weitere Zurufe: Sachsen-anhaltisch!)*

- sachsen-anhaltisch; das ist doch jetzt wurst; was sind das für Erbsenzähler dort hinten? -, dann müssten wir uns in erster Linie auf das Preußentum beziehen. Wir im AfD-Kreisverband Saalekreis feiern deshalb auch jedes Jahr ein Preußenfest.

*(Zustimmung bei der AfD)*

Aber wo bitte schön in der Theaterlandschaft finden sich Bezüge auf das Preußentum?



*(Zuruf von Andreas Henke, DIE LINKE)*

Wenn unsere Theater jedenfalls unsere Landesidentität pflegen und reflektieren würden, wie es sich gehört, dann wäre das, was wir für diese Theater ausgeben, zu wenig. Das Wirtschaften in Fünfjahresplänen gibt keine echte Lebensperspektive. Man hangelt sich von Vereinbarung zu Vereinbarung. Es ist wenig, was die Theater bekommen. Es ist unsicher. Es ist entwürdigend.

Wenn unsere Theater ihre identitätsbildende Aufgabe erfüllen würden, dann sollten sie auch ein echtes Landestheater sein, direkt getragen durch das Land mit festen Planstellen im Landeshaushalt. Gemessen daran, was die Theater sein könnten, bekommen sie zu wenig. Aber gemessen daran, was sie sind, bekommen sie viel. Die Orchester nehme ich davon aus. Aber das, was die Theater im Land tun, ist nicht gut. Es entspricht nicht einmal ansatzweise dem von mir skizzierten Ideal. Nichtssagend Internationales, bieder Unpolitisches oder politischer Mainstream. Das heißt: kritische Gesellschaftskritik nur gegenüber denjenigen, auf die sowieso schon alle Kanonen gerichtet sind.

Ich erinnere mich an eine Inszenierung des „Freischütz“ in Halle, in der der Bösewicht Kaspar als Burschenschafter erscheint und der prächtige Jägerchor in einer verballhornten feministischen Fassung wiedergegeben wurde. So etwas müssen wir als patriotische Opposition nicht finanzieren wollen. - Vielen Dank.

*(Beifall bei der AfD)*

**Vizepräsident Wulf Gallert:**

Damit sind wir am Ende der Debatte angelangt. - Herr Kosmehl, eine Wortmeldung?

**Guido Kosmehl (FDP):**

Herr Präsident, da der Einbringer des Antrages nur die Einbringung übernehmen konnte, erwarten Sie sicherlich einen Vorschlag, wie wir damit umgehen. Wir schlagen vor, den Antrag zur federführenden Beratung in den zuständigen Ausschuss für Bundes- und Europaangelegenheiten, Medien sowie Kultur und zur Mitberatung in den Ausschuss für Finanzen zu überweisen. Denn der Antrag hat Auswirkungen, die Herr Gebhardt immer gern versteckt.

*(Guido Heuer, CDU, lacht - Eva von Angern, DIE LINKE: Das macht er offen! Ganz transparent! - Stefan Gebhardt, DIE LINKE: Ich habe viel über Geld gesprochen!)*

**Vizepräsident Wulf Gallert:**

Herr Gebhardt hat bereits gesagt, dass man sich auf eine Überweisung geeinigt hat. Jetzt wissen wir auch, wie die Einigung genau aussieht. Ich nehme das so auf. Gibt es alternative Vorstellungen zu dem, was Herr Kosmehl gerade gesagt hat? - Offensichtlich nicht. Dann stimmen wir jetzt darüber ab.

**Abstimmung**

Wer den Antrag in der Drs. 8/2797 zur federführenden Beratung in den Kultur- und Europa-ausschuss und zur Mitberatung in den Finanzausschuss überweisen will, den bitte ich jetzt um sein Kartenzeichen. - Das sind offensichtlich alle Fraktionen. Wer ist dagegen? - Niemand. Stimmenenthaltungen? - Sehe ich auch nicht. Somit wurde die Überweisung einstimmig beschlossen.

Wir können den Tagesordnungspunkt 29 beenden und kommen nunmehr zu dem

## Tagesordnungspunkt 30

Erste Beratung

### **Offensive für die Fachkräfteausbildung - Ausbildungsumlage und Prämien für Schülerpraktika jetzt!**

Antrag Fraktion DIE LINKE - **Drs. 8/2804**

Einbringerin für die Fraktion DIE LINKE ist Frau Hohmann. - Frau Hohmann, Sie haben das Wort.

#### **Monika Hohmann (DIE LINKE):**

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! In den letzten Jahren hat sich der Arbeitsmarkt für die Auszubildenden positiv entwickelt. Für die Schulabgänger\*innen standen mehr Ausbildungsstellen zur Verfügung, als es hierfür Bewerber\*innen gab. 12 973 gemeldete Ausbildungsstellen waren per Stand am 30. September 2022 in Sachsen-Anhalt zu verzeichnen. Zum gleichen Zeitpunkt schlossen aber nur 10 335 Bewerberinnen einen dualen Ausbildungsvertrag ab.

Aufgrund der demografischen Entwicklung wird die Sicherung von Fachkräften eine zunehmende Herausforderung darstellen. Bis zum Jahr 2040 werden 22,2 % der erwerbsfähigen Fachkräfte in Sachsen-Anhalt in Rente gehen. Sie werden fehlen.

Gleichzeitig verschenken wir aber zu viele Potenziale bereits bei dem Übergang von der Schule in den Beruf. Es gibt einen zu hohen Anteil junger Menschen ohne Berufsabschluss. Ursachen dafür sind unter anderem regionale

berufs- und qualifikationsbezogene Unterschiede zwischen dem Angebot an und der Nachfrage nach Ausbildungsplätzen. Auch das geschlechtsspezifische Berufswahlverhalten spielt eine große Rolle. Denken wir an die typischen Frauen- oder die typischen Männerberufe. Ebenfalls eine Ursache ist die hohe Abbruchquote in der Ausbildung.

Als weitere Ursache, die vor Jahren nicht denkbar war, mittlerweile aber an der Tagesordnung ist, sind die finanziellen Anreize hinzugekommen. Jugendliche überlegen: Begeben sie sich in eine Ausbildung oder gehen sie sofort in Jobs, also in ein reguläres Arbeitsverhältnis über?

Zunehmend zu verzeichnen ist auch das abnehmende Interesse an der dualen Ausbildung. Wir haben nach wie vor - das haben wir hier im Hohen Haus bereits mehrfach besprochen - einen riesengroßen Anteil sonderpädagogisch geführter Schülerinnen und Schüler. Das heißt also, wenn wir uns die Statistiken anschauen, dann stellen wir jedes Jahr weitere Steigerungen der Zahlen in den Förderschulen für geistig Behinderte oder Lernbehinderte fest.

Neu ist zudem - das gab es vor Jahren auch noch nicht - der Anstieg der Zahl der sogenannten NEETs. Was sind NEETs? - Das sind die jungen Menschen, die weder in eine Ausbildung gehen noch eine Schule besuchen noch sich in Arbeit befinden. Als ich jüngst beim Jobcenter in Halle war, wurde mir bestätigt, dass viele Jugendliche nicht mehr greifbar sind. In der Gruppe der 15- bis 24-Jährigen lag der Anteil der NEETs im Jahr 2019 bundesweit bei 492 000 Personen. Zwei Jahre später war diese Gruppe schon auf 630 000 Personen angewachsen. Das ist eine durchaus mächtige Zahl; Tendenz steigend. Fachleute sagen des-

halb, dass der Anstieg der Zahl der NEETs einen deutlich stärkeren Effekt hat als der demografisch bedingte Rückgang der Schulabgangszahlen.

Ein weiteres Problem - ich habe es angesprochen - ist die Lösungsquote. Im Jahr 2021 wurden in Sachsen-Anhalt 1 269 Ausbildungsverträge bereits innerhalb der Probezeit beendet. Das entspricht einem Anteil von 36,1 %.

Wenn man sich die Zahlen näher anschaut, dann sieht man, dass bei Schülerinnen, die einen niedrigen Abschluss, also einen Hauptschulabschluss, oder keinen Abschluss haben, gegenüber denjenigen, die einen Realschulabschluss haben, eine höhere Quote zu verzeichnen ist. So lösten z. B. im Jahr 2021 45,7 % der Auszubildenden mit einem Hauptschulabschluss ihren Vertrag. Bei Personen ohne Abschluss waren es 40,4 %. Bei denjenigen, die einen Sekundarabschluss hatten, liegt die Quote bei 29,2 %. Je niedriger also der Abschluss ist, desto wahrscheinlicher ist die Lösung des Vertrages.

Die Betriebsgröße spielt bei der Frage der fachlichen Qualität ebenfalls eine gewisse Rolle. 74 % der befragten Auszubildenden aus kleinen Betrieben - das sind die mit bis zu 20 Beschäftigten - beurteilen die fachliche Qualität als sehr gut oder gut. In Betrieben von 21 bis 500 Mitarbeitern sinkt dieser Anteil, und zwar auf 71 %, während er in Großbetrieben mit mehr als 500 Beschäftigten wieder auf 84 % ansteigt. Dies deutet darauf hin, dass die professionellen Ausbildungsstrukturen in Großbetrieben, aber auch der persönliche Kontakt in kleinen Betrieben hierauf einen gewissen Einfluss haben.

Sehr geehrte Damen und Herren! Welche Gründe für die Vertragslösungen gibt es? - Hierfür

konnte ich im Berufsbildungsbericht des Landes Sachsen-Anhalt verschiedene Gründe finden. So führen z. B. die Auszubildenden aus, dass sie Konflikte mit ihrem Ausbilder oder mit den Vorgesetzten haben, oder sie bemängeln die Qualität der Ausbildung oder sagen, ungünstige Arbeitsbedingungen seien daran schuld, aber auch persönliche und gesundheitliche Gründe sowie - das haben wir mehrfach im Haus gehört - falsche Vorstellungen vom Ausbildungsberuf.

Vonseiten der Betriebe werden überwiegend mangelnde Ausbildungsleistungen der Auszubildenden, deren mangelnde Motivation oder auch die fehlende Integration in das Betriebsgeschehen sowie falsche Vorstellungen vom angestrebten Beruf als Gründe genannt. Damit sage ich Ihnen nichts Neues.

Das - in Anführungsstrichen - Perverse bei dieser Geschichte ist: Obwohl viele Betriebe fürchten, ihren Fachkräftebedarf zukünftig nicht mehr decken zu können, denken sie nicht daran, mehr Ausbildungskapazitäten anzubieten. Häufig ist es auch so, dass eine schlechte Erfahrung, die ein Betrieb mit einem Auszubildenden gemacht hat, dafür sorgt, dass die Betriebe sagen, ich bilde zukünftig nicht mehr aus.

Sehr geehrte Damen und Herren! Der größte Teil der befragten Auszubildenden aus Sachsen-Anhalt hat einen Ausbilder. Das sind knapp 91 %. Normalerweise müsste man sagen, jeder Jugendliche hat eine Ansprechperson, einen Ausbilder, aber 9 % der Auszubildenden haben keinen Ausbilder an der Ausbildungsstelle zur Verfügung. Trotz wiederholter Hinweise auf dieses Problem hat sich die Anzahl der betroffenen Auszubildenden in den letzten Jahren sogar noch erhöht. Um also eine ausreichende Betreuung zu gewährleisten, sollte

ein Ausbilder für nicht mehr als acht Auszubildende verantwortlich sein. Auch hierin sehen wir Probleme.

Sehr geehrte Damen und Herren! Ich könnte noch mehr über die Herausforderungen auf dem Ausbildungsmarkt berichten, doch ich denke, wir haben in den letzten Plenarsitzungen Etliches davon gehört. Wir wissen bereits, dass in diesem Zusammenhang mehrere Ursachen eine Rolle spielen. Deshalb plädieren wir in unserem Antrag dafür zu überprüfen, ob in unserem Bundesland eventuell die Möglichkeit besteht, einen Ausbildungsfonds einzurichten. Ich weiß, Bremen hat das mittlerweile, Hamburg auch. Niedersachsen ist in den Koalitionsverträgen auch in dieser Richtung tätig geworden.

Die Frage ist, was ein solcher Fonds leisten soll. Auf alle Fälle müsste damit eine leistungsfähige Bildungsinfrastruktur finanziert werden. Er könnte den Betrieben Anreize und Hilfestellungen ermöglichen, um die betriebliche Ausbildung zu stärken. Natürlich gehören vor allem auch überbetriebliche Bildungszentren für die Verbundausbildung, die Förderung der Qualifizierung des Ausbildungspersonals und weitere Maßnahmen mit dem Ziel dazu, die Ausbildungsfähigkeit der Betriebe zu erhöhen. Ich weiß, dass momentan auf der Bundesebene das Ausbildungsgarantiesgesetz beraten wird und diese Dinge bereits in den Fokus genommen wurden. Das sind nicht nur Überlegungen, die wir haben, sondern diese Überlegungen haben auch die Gewerkschaften bereits angestellt.

Darüber hinaus sollen Betriebe von dem Fonds profitieren, indem ihnen ein bestimmter Teil der Ausbildungskosten erstattet wird. Hierbei wird ein Teil der Kosten für die Ausbildung angerechnet und auf alle Betriebe verteilt sowie

ein Anreiz zu Schaffung von Ausbildungsplätzen gesetzt.

Ebenso empfehlen wir eine wissenschaftliche Studie zur Umsetzung des Ausbildungsunterstützungsfonds und der Umlage in Sachsen-Anhalt. Dabei sollen die Gewerkschaften, die Arbeitgeberverbände und die Kammern einbezogen werden. Wir setzen auch - das haben wir in der Haushaltsberatung gesagt; wir werden nicht müde, das zu fordern - auf eine Praktikumsvergütung für Schülerinnen und Schüler im Bereich der Sozial-, Erziehungs- und Pflegeberufe. Das, was im Wirtschaftsministerium für das Handwerk machbar ist und zukünftig, wie ich Herrn Schulze verstanden haben, auch für die Landwirtschaft möglich sein soll, müssen wir auch für diesen Bereich ermöglichen; denn hier fehlen die Fachkräfte.

**Vizepräsident Wulf Gallert:**

Frau Hohmann.

**Monika Hohmann (DIE LINKE):**

Ich bitte um Zustimmung zu unserem Antrag und bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit.

*(Beifall bei der LINKEN)*

**Vizepräsident Wulf Gallert:**

Es gibt zwei Fragen. Die erste ist von Herrn Lieschke, wenn Sie sie zulassen.

**Monika Hohmann (DIE LINKE):**

Mal gucken.

**Vizepräsident Wulf Gallert:**

Die Redezeit beträgt eine Minute.

**Matthias Lieschke (AfD):**

Es ist eine ganz sachliche Frage, und zwar zu dem Ausbildungsunterstützungsfonds. Welches Volumen haben Sie sich vorgestellt, mit dem der Fonds untersetzt werden sollte, damit dies erfolgreich wird? Das würde mich interessieren.

**Monika Hohmann (DIE LINKE):**

Wir haben in unserem Antrag die Forderung vorgesehen zu prüfen, ob so etwas möglich ist. Im Rahmen dieser Prüfung sollten wir schauen, wie die Gegebenheiten hier im Land sind. Danach richtet sich, wie viel Geld wir hineinstecken. Wir würden nicht im Vorfeld -- Dann würden wir im Vorfeld wieder alles wegnehmen. Wir setzen darauf, dass wir überprüfen lassen, wie die Situation ist, damit wir das so machen können.

**Vizepräsident Wulf Gallert:**

Jetzt Herr Keindorf, bitte sehr. Sie haben das Wort-

**Thomas Keindorf (CDU):**

Vielen Dank, Herr Präsident. - Frau Hohmann, zunächst bin ich Ihnen dankbar, dass Sie in Ihren Ausführungen bestätigt haben, dass der Mindestlohn mitunter ein Hemmnis für die Ausbildung sein kann. Das haben wir als Wirtschaft schon immer zum Ausdruck gebracht.

*(Beifall bei der CDU)*

Aber ich habe eine Frage zu diesem Fonds. Ich sage es einmal so: Das, was Sie für das Land fordern, ist schon Bestandteil verschiedener Tarifverträge für einzelne Gewerke. Wie soll mit diesen Berufen umgegangen werden? Wollen Sie das in den Tarifverträgen abschaffen und beim Land integrieren oder kann das jedes Gewerk oder jede Berufsgruppe für sich individuell im Tarifvertrag lösen?

**Monika Hohmann (DIE LINKE):**

Ich denke, hierfür könnte Bremen ein gutes Vorbild sein; denn dort hat man es mittlerweile umgesetzt, in Hamburg auch. Wir könnten uns anschauen, wie man es dort gemacht hat. Das gehört, wie gesagt, zu diesem Prüfungsauftrag dazu.

Wir sind - das muss ich ganz ehrlich sagen - nicht gegen den Mindestlohn, sondern für eine Erhöhung des Mindestlohns. Aber das Problem, das wir momentan haben, ist, dass Schülerinnen und Schüler, wenn sie die Schule verlassen, gleich in ein Arbeitsverhältnis gehen wollen, weil sie dann mehr verdienen, als wenn sie eine Ausbildung absolvieren. Wir müssen schauen, welche Mechanismen an der Stelle greifen. Aber ich lehne nicht pauschal den Mindestlohn ab oder sage, dass dieser zu hoch sei; vielmehr geht es mir genau um diese Zielgruppe. Ich habe in meiner Rede gesagt, die Zahl derer steigt immer mehr. Wir müssen schauen, wie wir es sinnvoll hinbekommen, damit wir die Schülerinnen und Schüler erst einmal in eine Ausbildung bringen.

Dann kommt das mit den Tarifen, was Sie gesagt haben. Wir haben noch nicht für alle Ausbildungsfelder Tarife, sondern es gibt noch

etliche, in denen es keine gibt. Ich denke, an der Stelle haben wir Nachholbedarf. Aber wichtig wäre für uns, dass wir das im Ausschuss bereden. Dann können wir die Kriterien festlegen, auf welchen Prüfauftrag wir uns verständigen wollen. - Danke.

*(Beifall bei der LINKEN)*

**Vizepräsident Wulf Gallert:**

Danke. - Dann treten wir nunmehr in die Dreiminutendebatte ein. Für die Landesregierung spricht die Ministerin Frau Grimm-Benne. - Bitte sehr.

**Petra Grimm-Benne (Ministerin für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Gleichstellung):**

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren Abgeordneten! Bevor ich zu meiner Rede komme, möchte ich etwas Grundsätzliches sagen. Ich finde es schade, dass man, ohne darauf zu schauen, welche hervorragenden Instrumente wir im Land Sachsen-Anhalt bereits gefunden haben, um die Ausbildung voranzubringen, von einer neuen Landesregierung unter Beteiligung der LINKEN wie jetzt in Bremen immer abschreibt, nur weil das Ressort mit einer LINKEN-Kollegin besetzt ist.

*(Beifall bei der CDU und bei der FDP - Zuruf von Eva von Angern, DIE LINKE)*

Das ärgert mich zunehmend.

Mit der Einführung der Ausbildungumlage in Bremen erhofft sich die dortige Landesregierung, dass die Ausbildungsbeteiligung der Betriebe und die Zahl der angebotenen

Ausbildungsplätze steigen und leistungsschwache Jugendliche besser unterstützt werden. Die Rahmenbedingungen in Bremen und Sachsen-Anhalt unterscheiden sich aber deutlich.

In Sachsen-Anhalt bildet jeder vierte Betrieb aus und das nimmt immer mehr zu. In Bremen ist es nur jeder Fünfte. Für 100 junge Menschen stehen in Sachsen-Anhalt rechnerisch über alle Branchen und Regionen hinweg 103 Ausbildungsplätze zur Verfügung. In Bremen sind es nur 96. Das führt bei uns zu einer besseren Ausgangslage für die jungen Menschen. Bremen und Sachsen-Anhalt unterscheiden sich auch im Potenzial bei der sogenannten Nachvermittlung. Das können wir mit Zahlen belegen. Dafür habe ich nur in der Dreiminutendebatte keine Zeit.

In Bremen gab es halb so viele offene Lehrstellen wie Bewerberinnen und Bewerber. In Sachsen-Anhalt kamen dagegen auf zwei junge Menschen drei unbesetzte Ausbildungsplätze. In Sachsen-Anhalt stehen für junge Menschen deshalb ausreichend Ausbildungsplätze zur Verfügung, in Bremen nicht.

Neben den Zuschüssen für Betriebe sollen mit der Ausbildungumlage auch leistungsschwache Auszubildende unterstützt werden. Hierfür haben wir jedoch in Sachsen-Anhalt bereits ein etabliertes und erprobtes Förderinstrument - dafür geben wir viel Geld aus -, nämlich die assistierte Ausbildung. Es gibt Stützunterricht und bei Bedarf eine sozialpädagogische Begleitung sowie eine Klärung von Konflikten in Ausbildungsbetrieben. Wir setzen das in Sachsen-Anhalt schon seit vielen Jahren in enger Kooperation mit den Agenturen für Arbeit, den gewerblichen Kammern und dem Arbeitsministerium um. Das bieten wir auch weiterhin als Unterstützung für junge Menschen vor und während der Berufsausbildung an.

Auch Schulpraktika und Schulferienpraktika sind bei Berufswahlentscheidungen wichtig. Diese haben wir umgesetzt. Bei uns können Schülerinnen und Schüler in allgemeinbildenden Schulen Schulpraktika machen. Über die Landesprogramme BRAFO und REGIO AKTIV werden wir mithilfe von pädagogischem Personal die jungen Menschen in ihrem individuellen Berufsorientierungsprozess begleiten.

Dieser Antrag soll in die Ausschüsse überwiesen werden. Ich bitte dringend darum, dass er nicht nur bei uns im Arbeits- und Sozialausschuss beraten wird, sondern dieses Mal auch im Wirtschaftsausschuss, weil die Fachkräfte- und Ausbildungssicherung ein sehr wichtiger Bereich ist.

*(Beifall bei der SPD, bei der CDU und bei der FDP)*

Diesbezüglich haben wir etwas vorzuweisen. Es tut mir leid, dass man immer versucht, von anderen Ländern abzuschreiben, ohne die hier bereits etablierten guten Dinge wahrzunehmen. - Herzlichen Dank.

*(Beifall bei der SPD, bei der CDU und bei der FDP)*

**Vizepräsident Wulf Gallert:**

Frau Ministerin, Sie sehen es bereits: Frau Hohmann hat eine Frage an Sie. - Bitte sehr, Frau Hohmann.

**Monika Hohmann (DIE LINKE):**

Frau Ministerin, ich frage Sie einfach, ob Sie die letzten Studien aus dem Bundesministerium kennen. Es geht dabei um den Berufsbildungsbericht bundesweit und auch den

Sachsen-Anhalt-Bericht. Wenn ja, verstehe ich jetzt Ihre Einlassung nicht. Ich denke, Herr Keindorf hat verstanden, worum es geht. Aber bei Ihnen weiß ich nicht, ob Sie dem inhaltlich gewachsen sind.

*(Unruhe)*

- Entschuldigung! Entschuldigung! - Denn Sie argumentieren immer nur mit Bremen. Sachsen-Anhalt ist hinsichtlich der Übergangsquote das Schlusslicht. Sie reden jetzt von Programmen, die wir aufgelegt haben, wissen aber ganz genau, wenn Sie den Evaluationsbericht gelesen haben, dass die Programme kaum bekannt sind. Es gibt, wie gesagt, den Evaluationsbericht, aus dem hervorgeht, was man ändern sollte. Jetzt stellen Sie sich hin und sagen hier nur Bremen, Bremen. Es geht um Sachsen-Anhalt.

*(Guido Kosmehl, FDP: Sie haben doch über Bremen geredet! - Zurufe: Genau!)*

Ihre Maßnahmen, die Sie momentan fahren, sind nicht unbedingt zielführend, sonst hätten Sie diese Ergebnisse nicht.

*(Beifall bei der LINKEN)*

**Vizepräsident Wulf Gallert:**

Sie können antworten.

**Petra Grimm-Benne (Ministerin für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Gleichstellung):**

Frau Abgeordnete, ich werde Ihnen in der Ausschussanhörung beweisen, dass das nicht so ist. Ich hoffe, dass Sie sich dann für das, was Sie jetzt vorgebracht haben, entschuldigen.

*(Beifall bei der SPD und bei der CDU)*

**Vizepräsident Wulf Gallert:**

Dann können wir in die Debatte der Fraktionen einsteigen. Und zwar spricht für die CDU Herr Redlich. - Sie haben das Wort.

**Matthias Redlich (CDU):**

Sehr verehrter Herr Vizepräsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Der Antrag beinhaltet drei Forderungen, auf die ich nacheinander eingehen werde.

Der Ausbildungsfonds und die Ausbildungsumlage. Der Antrag in Bremen, liebe Frau Hohmann, umfasste mehrere Seiten. Bei Ihnen sind es fünf Zeilen. In Ihren Ausführungen bei der Einbringung waren Sie ebenfalls eher vage, selbst bei den Nachfragen.

Sie wollen die Einführung des Modells bei uns auch nur prüfen. Ich weiß, das haben Sie gesagt. Ganz elegant versuchen Sie so aber, die Diskussion um die auch in Bremen sehr stark umstrittenen Details bei der Ausgestaltung dieser Zwangsabgabe zu umgehen. Dem Bremer Plenarprotokoll ist nämlich zu entnehmen, dass es daran massiven Protest auch von der Unternehmensseite gegeben hat.

Richtig ist aber, dass der prozentuale Anteil der jungen Menschen, die in Klein- und Kleinstbetrieben ausgebildet werden, deutschlandweit seit Jahren sinkt. Waren es im Jahr 2000 noch knapp 50 %, sind es heute nur noch 40 %. Warum? - Es fehlen nicht nur junge Menschen, es fehlen vor allem ausbildungsreife junge Menschen. Genau das ist der Kern.

*(Beifall bei der CDU)*

Unternehmen finden keine geeigneten Bewerber, ärgern sich über fehlende Motivation, fehlende Sprachkenntnisse und fehlende Fähigkeiten. Gerade Klein- und Kleinstbetriebe können sich den immer größeren Aufwand, den die Ausbildung dadurch bei ihnen verursacht, einfach nicht mehr leisten, und zwar nicht nur finanziell.

Bremen bewirbt den Ausbildungsfonds damit, dass dieser kleine Unternehmen entlasten soll. Faktisch werden gerade diese dadurch finanziell zusätzlich belastet.

*(Zustimmung bei der CDU)*

Ihr zweiter Punkt ist, eine wissenschaftliche Studie zu beauftragen. Als ehemaliger wissenschaftlicher Mitarbeiter einer Universität weiß ich, dass man nicht für alles eine Studie braucht, schon gar nicht eine bezahlte.

*(Beifall bei der CDU)*

Wenn Ihr Anliegen neue Erkenntnisse verspricht,

*(Zuruf: Nee!)*

dann werden Sie Studierende und Forscherinnen und Forscher auch so an den Universitäten begeistern können, wenn Sie einfach auf sie zugehen.

Kommen wir zum dritten Punkt, Praktikumsprämie für Schülerpraktika in den Sozial-, Erziehungs- und in den Pflegeberufen. - Werte Frau Kollegin, unterstützen Sie die CDU doch im Bund bei der Einführung des Gesellschaftsjahres! Dieses soll junge Erwachsene frühzeitig eben gerade auch an Sozial-, Erziehungs- und Pflegeberufe heranzuführen.



*(Beifall bei der CDU)*

Viele Schülerinnen und Schüler wissen nach der Schule nämlich nicht, was sie tun wollen. Gerade da setzen wir als Koalition auch hier in Sachsen-Anhalt bereits an. Die Landesprogramme „BRAFO“ und „REGIO AKTIV“ hat die Ministerin angesprochen. In der Schule ermöglichen wir aber zudem schon jetzt Praxislertage, das 4-plus-1-Modell, die Einbeziehung der Agentur für Arbeit und Schülerpraktika, die eben damit genau die unterschiedlichen Berufsfelder den Kindern und Jugendlichen näherbringen.

Lassen Sie uns über die weitere Verbesserung des Übergangs von Schule in Ausbildung und Beruf gern weiter gemeinsam beraten. Wir plädieren deshalb für eine Überweisung in den Sozialausschuss zur federführenden Beratung und in den Wirtschaftsausschuss. - Vielen Dank.

*(Beifall bei der CDU)*

**Vizepräsident Wulf Gallert:**

Ich sehe hierzu keine Fragen. - Deswegen spricht Herr Lieschke für die AfD. - Sie haben das Wort, bitte.

**Matthias Lieschke (AfD):**

Vielen Dank. - Zu Ihrem Antrag, werte Fraktion der LINKEN. Als Erstes stört mich definitiv diese Gendersprache, die einfach nicht ins Parlament gehört. Wir haben ein ordentliches Deutsch; das können wir in meinen Augen auch sprechen.

*(Zustimmung bei der AfD)*

Dann inhaltlich. Herr Redlich hat mir schon einiges vorweggenommen. Dieser Ausbildungsunterstützungsfonds mag vielleicht in Bremen funktionieren. Die haben dort 7 000 Ausbildungsstellen. 370 Auszubildende haben keine Stelle gefunden; das mag alles sein. Was Sie aber massiv verschweigen, ist, dass der Ausbildungsfonds von allen Unternehmen gefüttert wird. Das heißt, jeder Betrieb muss seine Bruttoarbeitslohnsumme melden, muss die Anzahl der Auszubildenden melden, und daraufhin wird berechnet, so und so viel muss er bezahlen.

Wenn ich das auf Sachsen-Anhalt herunterbreche: Jeder Betrieb zahlt erst einmal. Und wenn ich keinen Ausbildungsbetrieb - wegen mir im Bereich Jessen bei Wittenberg - finde, dann ist das Geld erst einmal weg, jeder Unternehmer wird belastet und hat davon nichts wirklich. Letztendlich ist es nur eine Zwangsabgabe - Herr Redlich hat es erwähnt -, eine zusätzliche Zwangsabgabe, die unsere Betriebe in der jetzigen Zeit definitiv nicht brauchen.

*(Beifall bei der AfD)*

Wir brauchen qualifizierte Auszubildende, die ausbildungsreif sind. Das hat Herr Redlich auch erwähnt. Es kann nicht sein, dass, wie mir ein Malermeister erzählte, er einem Auszubildenden im ersten Lehrjahr erstmal erklären muss, wie man ausrechnet, wie viel Tapete man für eine Wand braucht, weil er die Fläche nicht berechnen kann. Das kann es nicht sein. Da muss wirklich an der Qualität in den Schulen gearbeitet werden. Den Schülern müssen wichtige Sachen beigebracht werden, und viele Dinge, die man nie im Leben braucht, können gestrichen werden. Es sollte ihnen lieber Rechnen und Schreiben beigebracht werden; denn das sind die Grundvoraussetzungen.

Was mir in dem Moment auch wichtig ist: Sie doktern immer herum und sagen, wir müssen wissenschaftliche Studien machen, aber nichts wirkt direkt. Wir als AfD-Fraktion stellen Anträge z. B. zum Führerscheinzuschnitt. Das ist eine Maßnahme, die sofort und direkt wirkt.

Wir haben auch diesen Antrag aus dem letzten Jahr für ein Pilotprojekt zur Nachwuchsgewinnung im Handwerk gestellt, der übrigens immer noch im Wirtschaftsausschuss versauert. Vielleicht schafft er es irgendwann wieder ins Plenum. Dort haben wir gezielte Maßnahmen genannt und gesagt: Wir brauchen eine Ansprechstelle, an die man sich wenden kann, um die Ausbildungsberufe besser zu vermitteln; das haben wir nicht; da müssen wir besser werden.

Ich hoffe, dass unser Antrag beschlossen wird. Aufgrund dessen brauchen wir Ihren Antrag nicht. Ich wäre generell auch gegen eine Überweisung in den Ausschuss. Aber ich habe gesehen, dass sich das Haus dahin gehend geeinigt hat.

Zu dem Punkt „Praktikumsprämie auf Sozial-, Erziehungs- und Pflegeberufe ausweiten“. Ich denke, darüber kann man einmal diskutieren. Das mag vielleicht eine nette Idee sein. Aber aufgrund Ihrer ganzen anderen Einlassungen ist der Antrag völliger Quatsch. Wir können das besser, liebe Fraktion der LINKEN. - Vielen Dank.

*(Beifall bei der AfD)*

**Vizepräsident Wulf Gallert:**

Herr Bernstein für die FDP. - Sie haben das Wort.

**Jörg Bernstein (FDP):**

Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Liebe Frau Kollegin Hohmann, am Anfang Ihrer Rede hatte ich so ein bisschen Probleme und ich war geneigt, noch einmal auf meine Vorbereitung zu schauen, ob ich überhaupt das Richtige vorbereitet hatte. Aber das hat sich am Ende dann doch geklärt.

Wir sehen auf jeden Fall auch die Thematik der Schülerpraktika und der Gutscheine für Prämien entsprechend kritisch, natürlich auch die Frage der Ausbildungsumlage. Wir sollten immer berücksichtigen: Die Wirtschaft und unser Landshaushalt stehen auch ohne solche Sachen vor ganz massiven Problemen. Wir müssen sie jetzt nicht zusätzlich wieder verschärfen, indem wir immer neue Kosten verursachen,

*(Beifall bei der FDP)*

vor allem Kosten dadurch verursachen, dass wir wieder zusätzliches Geld für die vorgebliche Lösung von Problemen aufbringen, für die es, wie es Frau Ministerin Grimm-Benne schon dargestellt hat, umfassende Lösungsansätze gibt.

In erster Linie bin ich davon überzeugt, dass ein Praktikum dazu dient, einem Schüler einen gewissen Einblick in Berufsfelder zu geben. Jetzt können Sie natürlich dagegenhalten: Warum gibt es die Praktikums Gutscheine im Handwerk? - Okay, der Punkt wäre dann bei Ihnen. Aber ich denke, wenn wir das jetzt weiter ausweiten, dann wird nicht mehr das Interesse an einem Berufsfeld im Vordergrund stehen, sondern schlicht und einfach das monetäre Motiv überwiegen und nicht das Interesse an einem Beruf. - Das zu diesem Punkt.

Zum Ausbildungsunterstützungsfonds, denke ich, wurde auch schon ausreichend viel gesagt. Es ist eine Belastung auch für Unternehmen. Wenn das Bremer Modell angeführt wurde, dann sind es halt diese 0,3 % der Arbeitnehmerbruttolohnsumme, die hier zusätzlich aufgewandt werden. Es werden von den Unternehmen schon umfangreiche Sozialversicherungsleistungen durch ihre Beiträge gezahlt. Hier sind Ausgaben für die Bundesagentur für Arbeit genannt, die auch in der Ausbildungsförderung aktiv ist.

Ich denke, die Unternehmen haben andere Sachen zu tun, um hier ihre Wettbewerbsfähigkeit erhalten zu können. Aus diesem Grund stehen wir diesen Problemen, die Sie hier aufgeführt haben, und den von Ihnen angeführten Lösungsansätzen kritisch gegenüber, sind aber gern bereit, darüber im Ausschuss für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Gleichstellung und mitberatend im Wirtschaftsausschuss zu diskutieren. - Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

*(Beifall bei der FDP)*

**Vizepräsident Wulf Gallert:**

Danke. - Frau Sziborra-Seidlitz für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

**Susan Sziborra-Seidlitz (GRÜNE):**

Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Ich war seinerzeit bereits eine Freundin des solidarischen Umlagefonds in der Pflegeausbildung, wie ihn z. B. NRW sehr frühzeitig eingeführt hat.

Damals sollten nicht ausbildende Unternehmen an den Ausbildungskosten beteiligt werden,

was nur fair ist. Denn schließlich profitieren diese Unternehmen von der Ausbildungsleistung - das ist auch eine monetäre Leistung - anderer und können dann vielleicht sogar mit höheren Löhnen locken, weil sie die Ausbildungskosten sparen. Dieser Ansatz einer Umlage wurde dann quasi zur Blaupause der Finanzierung der generalistischen Pflegeausbildung, wie sie kürzlich eingeführt wurde.

Der noch quasi taufische Ansatz aus Bremen, diese Idee auf die gesamte duale Berufsausbildung zu übertragen, klingt für mich erst einmal vielversprechend. Mit einem Ausbildungsunterstützungsfonds, in den alle Unternehmen einzahlen und von dem ausbildende Betriebe profitieren, kann es gelingen, gerade kleine und mittlere Betriebe für die Ausbildung zu gewinnen.

Ob das wirklich gelingt, muss sich erst noch zeigen. Die Umsetzung in Bremen ist, wie man hört, im nächsten Jahr vorgesehen. Aber unter Betonung der Unterschiede jetzt schon zu sagen, man guckt da einfach nicht hin, das ist für uns nicht interessant, das beraubt uns möglicherweise der Chance auf gute neue Ideen für unser Land.

Neben organisatorischen und strukturellen Ansätzen wie der betriebsübergreifenden Ausbildung kann eine finanzielle Unterstützung über einen Fonds sicherlich auch Anreize und Hilfestellung geben. Denn klar dürfte sein: Wenn Betriebe nicht selbst auch ausbilden, dürfte die Personalgewinnung in Zukunft überaus schwierig werden und so manch ein Betrieb ggf. durch Personalmangel existenzbedroht sein.

Die Lücke, die Corona in der dualen Ausbildung gerissen hat, ist auch jetzt noch nicht geschlossen. Ganz im Gegenteil, im Vor-Corona-Jahr 2019 haben mehr als 510 000 junge Menschen

in Deutschland eine Ausbildung begonnen. Im vorigen Jahr waren es mit etwa 468 000 Auszubildenden deutlich weniger.

Das ist nicht nur das kontinuierliche Schrumpfen der Azubi-Zahlen aufgrund von Demografie. Vielmehr sind hier aus verschiedenen Gründen junge Menschen in Größenordnung für die duale Ausbildung verloren gegangen.

Um hier frühzeitig gegenzusteuern, halte ich eine Ausweitung der Praktikumsvergütung, wie wir es in Sachsen-Anhalt bereits für die Handwerksberufe tun, auf die Sozial-, Gesundheits- und Pflegeberufe für absolut sinnvoll. Hier kann und sollte ein gutes Modell sicherlich ausgeweitet werden. Sie haben uns, liebe LINKE, an dieser Stelle an Ihrer Seite. Auch im Ausschuss beraten wir das gern mit. - Vielen Dank.

*(Beifall bei den GRÜNEN)*

**Vizepräsident Wulf Gallert:**

Es spricht Frau Richter-Airijoki für die SPD.

*(Dr. Heide Richter-Airijoki, SPD: Nein!)*

- Sie stehen hier bei mir auf der Rednerliste.

*(Dr. Heide Richter-Airijoki, SPD: Nein, das ist Frau Pähle!)*

- Offensichtlich nicht berechtigt. Dann Frau Pähle. - Bitte, Sie haben das Wort.

**Dr. Katja Pähle (SPD):**

Vielen Dank, Herr Präsident. - Um die Pointe vorwegzunehmen - es ist schon von mehreren

Rednerinnen und Rednern gesagt worden -: Es ist gut, diese neue Idee im Ausschuss zu beraten. Warum? - Die Situation am Arbeitsmarkt und am Ausbildungsmarkt ist angespannt. Es gibt Unternehmen, die keine Azubis finden. Kollegin Hohmann hat darauf hingewiesen, wie vielfältig die Gründe dafür sind.

Gleichzeitig gibt es Unternehmen, die trotz der Sorge um Fachkräfte immer noch sagen: Ausbildung bei uns funktioniert nicht, können wir nicht leisten. Insbesondere bei kleinen Unternehmen gibt es dafür oftmals auch wirkliche Begründungen und nachvollziehbare Hinweise.

Deshalb ist es gut, in dem System der beruflichen Ausbildung tatsächlich noch einmal zu schauen, wie man Lasten gemeinsam tragen kann, um tatsächlich Ausbildung in den Bereichen möglich zu machen, wo es heute noch nicht möglich ist.

Wir wissen auch, dass insbesondere die Sozial- und Gesundheitsberufe an diesen Stellen einen großen Mangel haben, weil tatsächlich auch in der Kleinteiligkeit der Unternehmen und auch mit dem Berufsbild, das dahinter steht, bestimmte Hürden verbunden sind, um quasi für den eigenen Ausbildungsplatz zu werben.

Ich glaube tatsächlich, das Modell in Bremen muss sich erst einmal bewähren. Daran, dass wir in der Ausschussberatung schon erste Erkenntnisse haben, habe ich meine Zweifel. Aber nichtsdestotrotz lohnt es sich, da hinzuschauen.

Ich möchte aber einen Bereich ansprechen, der jenseits des Antrages liegt und der ein bisschen über das hinausgeht, was wir mit unserem Praxisgutschein schon tun. Wenn ein Unter-

nehmen, das nicht bei der Handwerkskammer, sondern im Bereich der IHK organisiert ist und auch dort Ausbildungsplätze und Praktika anbietet, dann profitiert es aktuell von unserem guten System nicht.

Deshalb müssen wir die Grundsatzfrage stellen, ob die eingeführten Praktikumsgut-scheine tatsächlich nur für das Handwerk oder für alle Berufsfelder gerechtfertigt sind. Ich glaube im Gegensatz zu Herrn Bernstein, dass es gut ist, das für viele Berufe möglich zu machen. Wir wollen junge Menschen dafür begeistern, in eine duale Ausbildung zu gehen.

Mir persönlich ist es recht, wenn junge Menschen Bäckerinnen und Bäcker werden, aber halt auch, wenn sie ein guter Einzelhandelskaufmann werden. Auch dort haben wir Bedarfe. Deshalb ist es gut, insgesamt für diesen Bereich zu werben.

Dazu gehört auch - das ist der letzte Satz zu dem Thema -: Lassen Sie uns ganz konkret darüber reden, wie wir endlich in das Thema Berufsorientierung auch unsere Gymnasien einbeziehen. Auch hierbei gibt es viel zu tun. Wir müssen dafür sorgen, dass Abiturienten nicht per se in Richtung Studium geschoben werden, sondern auch die Chance haben, in einer dualen Ausbildung ihr künftiges Berufsfeld zu finden und gut anzukommen. - Herzlichen Dank für die Aufmerksamkeit.

*(Beifall bei der SPD)*

**Vizepräsident Wulf Gallert:**

Zum Ende der Debatte spricht Frau Hohmann noch einmal. - Sie haben das Wort.

**Monika Hohmann (DIE LINKE):**

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Zuallererst möchte ich mich bei der Ministerin entschuldigen. In meiner emotionalen Stimmung habe ich nicht die richtigen Worte gefunden. - Entschuldigung dafür.

*(Zustimmung bei der CDU)*

Nun noch einige Anmerkungen zu den Rednerinnen und Rednern. Herr Redlich, natürlich brauchen wir Fachkräfte und wir sollten nichts unversucht lassen, bestimmte Dinge in Angriff zu nehmen. Wenn das Hohe Haus nur für das Handwerk eine Praktikumsvergütung ermöglicht und sie für andere Berufsgruppen nicht zulässt, dann halte ich das für eine Ungerechtigkeit.

Zu den Äußerungen von Herrn Bernstein. Das, was wir für den einen fordern, sollten wir auch für den anderen in Anspruch nehmen und keine Differenzierung machen nach dem Motto: das Handwerk ist gut und das andere nicht so.

Einige haben jetzt gesagt, eine Umlage wäre Teufelszeug. Ich erinnere nur daran, dass das in der Baubranche schon seit Jahren und Jahrzehnten üblich ist. Wir haben es in der Pflege. Das ist üblich. Jetzt soll es auf einmal Teufelszeug sein? - Das glaube ich nicht.

Deshalb freue ich mich auf die Diskussion im Ausschuss und natürlich darauf, dass wir dort ggf. auch ein Fachgespräch durchführen, um eine Erhellung zu bekommen, was in Sachsen-Anhalt noch möglich sein könnte, damit wir endlich von diesen letzten Plätzen wegkommen. - Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

*(Zustimmung bei der LINKEN)*

**Vizepräsident Wulf Gallert:**

Nachdem nun wieder etwas mehr Frieden zwischen Abgeordneten und Regierungsbank eingetreten ist, können wir, glaube ich, ganz entspannt zur

**Abstimmung**

kommen. Der Antrag in der Drs. 8/2804 soll in den Sozialausschuss überwiesen werden und zur Mitberatung in den Wirtschaftsausschuss. Wer dem so folgen kann, den bitte ich jetzt um das Kartenzeichen. - Das sind zunehmend dann doch alle Fraktionen. Gegenstimmen? - Nein. Stimmenthaltungen? - Auch nicht. Dann sind wir so weit damit durch und können den Tagesordnungspunkt beenden. Wir führen noch einen Wechsel durch.

Ich will kurz auf etwas hinweisen: Schon für den nächsten Tagesordnungspunkt - ich schätze, es geht um den nächsten Tagesordnungspunkt - sitzt auf unserer Presstribüne ein Besucher: Herzlich willkommen, Herr Oberbürgermeister Reck.

*(Beifall im ganzen Hause)*

**Präsident Dr. Gunnar Schellenberger:**

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Sie haben es gerade gehört:

**Tagesordnungspunkt 32**

Erste Beratung

**Bundesgartenschau 2035 - Stadt Dessau-Roßlau bei der Bewerbung unterstützen**

Antrag Fraktionen DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - **Drs. 8/2815**

*(Unruhe)*

- Ich glaube, wir brauchen ein bisschen Konzentration.

*(Zuruf: Pst!)*

Meine Herren! Meine Damen! Sie haben es doch gleich geschafft. Bis zur Sommerpause ist es gar nicht mehr lang.

Die Einbringung erfolgt aufgeteilt durch Frau Lüddemann und Frau Buchheim. - Bitte.

**Cornelia Lüddemann (GRÜNE):**

Vielen Dank. - Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! „Eine Stadt wird Buga“ - So hat die Stadt Dessau-Roßlau ihre Bewerbung für die Bundesgartenschau 2035 überschrieben. Neun Abgeordnete aller demokratischen Fraktionen aus der Mitte dieses Hohen Hauses waren vertreten und hatten es für eine gute Idee gehalten, auch als Land ein klares Zeichen zu setzen.

Werte Kolleginnen der regierungstragenden Fraktionen, ich kann nur meiner Verwunderung Ausdruck verleihen. Sie haben gemeinsam mit der gesamten Fraktion DIE LINKE eine Kollegin der LINKEN in das Parlamentarische Kontrollgremium gewählt. Sie haben hier gemeinsam mit der Fraktion DIE LINKE die Parlamentsreform durchgestimmt. Dass es jetzt ein Politikum ist, wenn einzelne Abgeordnete in das dritte Oberzentrum hinein ein Zeichen setzen wollen,

*(Zuruf von Oliver Kirchner, AfD)*

hat mich maximal verwundert.

*(Zustimmung bei den GRÜNEN, bei der LINKEN und bei der SPD)*

Aber die Chance besteht noch. Ich bin der Fraktion DIE LINKE dankbar, dass wir heute diesen Antrag debattieren dürfen.

*(Oliver Kirchner, AfD: So ist es!)*

Denn seien wir einmal ehrlich: Das dritte Oberzentrum fällt doch manchmal ein bisschen zwischen Halle und Magdeburg hinten herunter. Halle bekommt jetzt das Zukunftszentrum. Das ist gut und richtig. Dafür haben wir uns eingesetzt. Magdeburg bekommt Intel. Das ist auch gut und richtig. Dafür sind noch ein paar Sachen zu klären. Wir haben uns dafür eingesetzt.

*(Zuruf von Alexander Räuscher, CDU)*

Die Stadt Dessau soll jetzt dabei unterstützt werden, dass sie sich als Familien- und Lebensort etablieren will und dass sie ihre Spezifik als Stadt- und Gartenreich ausnutzt, um zwischen Wittenberg, Magdeburg, Leipzig und Halle ein klares eigenes Profil weiterzuentwickeln. Denn es gibt aktuelle Prozesse, die mit dem Buga-Prozess weiterentwickelt werden sollen.

Dessau war immer bekannt als Stadt der Aufklärung. Dessau war immer bekannt als Stadt, die aktuelle Trends aufgegriffen hat, als Stadt von Weltoffenheit, in die Menschen von außen kamen, um dort zu leben, zu arbeiten und Dinge voranzubringen. Wir wollen, dass das Welterbe, dass die Stadt der Welterbe-Gärten für junge Leute attraktiv wird und dass die Ideen der damaligen Moderne in die heutige Moderne - das Land sagt ja auch gern „modern denken“ - übersetzt werden.

Das Besondere an dieser Buga ist, dass es nicht um ein Außengelände, um eine Brache vor der Stadt geht, sondern die gesamte Stadt Buga werden soll. Die Brachen, die es gibt, die Narben, die sich aus der demografischen Entwicklung ergeben, sollen weiterentwickelt werden. Es soll also eine Buga in der Stadt sein.

Exemplarische Herausforderungen unserer Zeit sollen dort in Dessau-Roßlau in Lösungen übersetzt werden. Es soll eine grüne Stadt entwickelt werden, es sollen also Methoden der, wie man so schön sagt, Schwammstadt dort aufgesetzt werden. Die Stadt soll klimaresilient gemacht werden und es soll um eine Stadt der kurzen Wege gehen.

Sachsen-Anhalt als Land hat die Möglichkeit, sich mit einzubringen. Es kann anknüpfen an Investitionen und Engagement des Landes, die bereits gelaufen sind. Ich will dazu nur an die internationale Bauausstellung erinnern, die 2010 in Dessau-Roßlau stattgefunden hat. Aktuell läuft die Feinjustierung der Bewerbung. Der Stadtrat hat sich im Prinzip einstimmig - die AfD hat sich auch dort, wie sonst auch, wieder destruktiv gezeigt - hinter dieser Bewerbung versammelt.

Minister Schulze ist heute nicht im Raum anwesend, aber es war schon vorgestern Thema. Natürlich kostet es Geld. 140 Millionen € stehen im Raum. Aber diese 140 Millionen € speisen sich aus unterschiedlichen Töpfen. Das ist kommunales Geld, das ist Landesgeld und dafür sind Fördermittel einzuwerben. Und diese 140 Millionen € sollen über zwölf Jahre laufen. Wenn ich jetzt - als Dessauerin sei mir das gestattet -, einmal dagegen setze, dass, wenn die Pläne des Landes so kommen, Dessau pro Jahr 8 Millionen € weniger über das FAG bekommen soll, dann sind, glaube ich, diese

140 Millionen € eigentlich am Ende nur noch eine kleine Summe.

Ich will auch daran erinnern, dass nicht alles Geld kostet. Natürlich brauchen wir Geld für die Buga, aber es geht auch darum, ein klares verbales Bekenntnis zu senden und Unterstützung bei der inhaltlichen Umsetzung zu geben. Wir sehen in Magdeburg - die Buga war 1999 -, über welche lange Zeiträume solche positiven Impulse gesetzt werden können.

Ich hoffe also sehr, dass wir nach dem holprigen Start jetzt doch noch eine gute inhaltliche Debatte und ein klares Zeichen in Richtung des dritten Oberzentrums senden können. Denn tatsächlich geht es hier um die Stadt und die Stadtentwicklung, aber es geht auch um die Regionalentwicklung. In diesem Sinne freue ich mich, dass ich jetzt an die neue Bürgermeisterin von Köthen übergeben kann für den zweiten Teil der Einbringung.

*(Beifall bei den GRÜNEN - Zustimmung bei der LINKEN)*

**Präsident Dr. Gunnar Schellenberger:**

Wir bleiben bei den fünf Minuten. Herr Tullner hat erst noch eine Frage an Sie.

**Cornelia Lüddemann (GRÜNE):**

Okay.

**Marco Tullner (CDU):**

Frau Lüddemann, ich habe Ihre Rede verfolgt und ich gebe zu, ich bin bei Gartenschauen ein

bisschen skeptisch, weil wir in diesem Land so ein paar Ideen hatten. Ich weiß, dass meine beiden Kolleginnen mich sicherlich noch engagiert bearbeiten werden, und ich will auch sagen, dass ich mir noch keine abschließende Meinung dazu gebildet habe.

Ein Argument habe ich aber nicht verstanden. Sie haben den großen Bogen geschlagen. Sie wollen viele junge Leute in die Stadt holen. Nun habe ich eine Bundesgartenschau erlebt und das war eher eine Rentnerveranstaltung. Können Sie mir deswegen bitte noch erklären, wieso ausgerechnet nach Dessau junge Leute gehen sollen, wenn das Stammpublikum von Gartenschauen eher im gesetzten Alter ist?

*(Zustimmung bei der FDP)*

**Cornelia Lüddemann (GRÜNE):**

Ich bin sehr dankbar für diese Frage, weil sie mir die Gelegenheit gibt, noch mal auf das ganz Besondere und auf die Spezifik der Bewerbung einzugehen. Das, was Sie erinnern, und sich vielleicht auch selbst schon angeschaut haben, ist eben diese typische Gartenschau, für die oft eine ehemalige Kaserne oder ein Fabrikgelände oder irgendetwas Ähnliches quasi revitalisiert wird. Dann wird separat an einem Ort, zu dem man vielleicht noch extra hinfahren muss, die Dahlienschau und dies und das und jenes gemacht.

Es sind nicht nur alte Leute; das kann ich sagen. Es sind auch Jüngere, die sich für solche Dinge interessieren. Das zeigen die Zahlen. Dazu kann ich wiederum nur dem Tourismusminister beipflichten, dass das natürlich auch ein touristisches Highlight ist.



In Dessau-Roßlau soll das anders werden. Dort sollen z. B. am Wallwitzhafen attraktive Wohnquartiere entwickelt werden, und zwar so, dass sie tatsächlich auch unter den aktuellen klimatechnischen Gesichtspunkten und unter den energetischen Gesichtspunkten so modern sind, dass junge Leute sagen: Ja, ich arbeite vielleicht in Magdeburg, aber ich will in Dessau-Roßlau wohnen, weil das so mega-attraktiv ist. Das wird ein Teil dieser Buga-Bewerbung sein.

*(Zustimmung - Marco Tullner, CDU: Aber keine Hanfzonen, ja!)*

**Präsident Dr. Gunnar Schellenberger:**

Herr Tullner, bitte, danke. - Frau Schneider.

**Dr. Anja Schneider (CDU):**

Sie haben die Situation mit den Unterschriften von meiner Kollegin Karin Tschernich-Weiske und mir angesprochen. Ich glaube, auch unser Oberbürgermeister kann bestätigen, dass wir zwei Abgeordnete sind, die sich sehr für die Stadt einsetzen. Manchmal passen einfach Politik und Herz nicht zusammen. Ich glaube, Sie wissen das sehr genau. Es wird uns aber nicht daran hindern, uns weiter dafür einzusetzen. Deswegen trotzdem danke für Ihre Rede für die Buga in Dessau.

*(Zustimmung bei der CDU, bei der FDP und bei den GRÜNEN)*

**Präsident Dr. Gunnar Schellenberger:**

Danke. - Dann Frau - -

**Cornelia Lüddemann (GRÜNE):**

Vielleicht hilft uns das allen, noch einmal in uns zu gehen und dann, wenn es wieder ein übergreifendes Thema gibt, weniger emotional und sachlicher gemeinsam die Dinge anzugehen. Vielen Dank für diesen Diskussionsvorschlag.

*(Zustimmung bei der LINKEN - Zuruf von Guido Heuer, CDU)*

**Präsident Dr. Gunnar Schellenberger:**

Danke. - Frau Buchheim, bitte. Lassen Sie sich nicht von der Anzeige irritieren, auch Sie haben fünf Minuten Redezeit.

**Christina Buchheim (DIE LINKE):**

Vielen Dank. - Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete! Meiner Rede voranstellen möchte ich ein Zitat von der Projektseite zur Bundesgartenschau 2029 im Welterbe Oberes Mittelrheintal, welches zutreffend die Wirkungsweisen beschreibt:

„Bundesgartenschauen sind der Anstoß oder Impulsgeber zur nachhaltigen Sanierung, Neugestaltung oder Weiterentwicklung von Kommunen und Regionen, die darüber hinaus eine große Resonanz bei Besuchern und Medien erzielen und somit Bekanntheitsgrad- und Imageeffekte für die durchführende Region ermöglichen. Am offensichtlichsten sind die positiven Effekte für die Region im Veranstaltungsjahr. Sie sind schon in der Vorbereitungsphase bemerkbar und hallen noch lange nach.“

Durch die Durchführung von Bundesgartenschauen werden also zusätzlich nachhaltige Effekte für die Region erzielt, die vielfältige ökonomische, touristische und städtebauliche Entwicklungen vorantreiben und regionalentwicklungspolitische und identitätsstiftende Funktionen haben.“

Das Projekt Bundesgartenschau 2035 in Dessau-Roßlau wird also nicht nur für das Oberzentrum langfristige Effekte haben. Vielmehr wird die gesamte Welterberegion Anhalt-Dessau-Wittenberg davon profitieren können.

*(Beifall bei der LINKEN und bei den GRÜNEN  
- Zustimmung von Holger Hövelmann, SPD,  
und von Dr. Katja Pähle, SPD)*

Gäste können über ein gemeinsames Marketing dazu angehalten werden, nicht nur die Buga selbst zu besuchen, sondern mehr als nur einen Tag in der Region zu verbringen. Aufgrund der Lage, der verkehrstechnischen Erreichbarkeit und seiner historisch-touristischen Bedeutung weist die Region ein größeres Einzugsgebiet auf. Beispielhaft seien erwähnt die Lutherstadt Wittenberg mit ihrer bedeutenden Vergangenheit und Kultur, das Gartenreich Dessau-Wörlitz, das Schloss Mosigkau, die Stadt Bitterfeld-Wolfen mit der wunderbaren Goitzsche-Seenlandschaft und nicht zuletzt meine Heimatstadt Köthen - Bachstadt und Heimat der Homöopathie -, wo auch das Schloss in Kürze mit Mitteln aus der Kulturstiftung umfassend saniert und touristisch erschlossen werden soll.

Sie alle können vom Besucherstrom profitieren und über ein gemeinsames Marketing ihren Bekanntheitsgrad steigern. Die Mobilität in der Region ist durch die Bahnanbindung gewährleistet und sie wird hoffentlich zu

dieser Zeit nicht mehr durch längst überfällige Baumaßnahmen beeinträchtigt. Wander- und Radwanderwege sind gut ausgebaut. Die Verbindungen zwischen den umliegenden touristischen Orten per Bus und Bahn sind bestens nutzbar.

Mithin wäre die Bundesgartenschau ein wichtiger Wirtschaftsfaktor für die gesamte Welterberegion Anhalt-Dessau-Wittenberg und eine Chance für eine nachhaltige Weiterentwicklung.

Doch während viele euphorisch auf die Bewerbung schauen, stellen nicht nur Skeptiker die Frage nach der Finanzierung. Für die Bundesgartenschau braucht es zwei Arten von Budgets: Das eine ist für Investitionen, das andere für die Umsetzung bestimmt.

Der Investitionshaushalt mit einem Volumen von 140 Millionen € und der Durchführungshaushalt mit einem Volumen von ca. 64 Millionen € sowie seine mögliche Refinanzierung werden in der Machbarkeitsstudie vorgestellt. Für die Refinanzierung sind Fördermittel und Zuschüsse von Bund und Land erforderlich. Der Eigenanteil der Stadt für die notwendigen Investitionen wird allein mit 35 Millionen € beziffert. Der Durchführungshaushalt soll aus Einnahmen und weiteren Eigenmitteln finanziert werden. Es wird also ein gewaltiger Kraftakt für die Stadt Dessau-Roßlau werden, der eines Bekenntnisses und einer breiten Unterstützung durch das Land bedarf.

Gemeinsam sollen der notwendige Finanzbedarf sowie etwaige Fördermöglichkeiten ermittelt werden. Angesichts der im Koalitionsvertrag vereinbarten Unterstützung für die Stadt Dessau-Roßlau und die Ausrichtung der Bundesgartenschau wäre es ein Zeichen der

Geschlossenheit gewesen, wenn der ursprüngliche parteiübergreifende Antrag heute im Plenum behandelt worden wäre.

*(Beifall bei der LINKEN und bei den GRÜNEN  
- Zustimmung bei der SPD)*

Zumindest haben wir die Hoffnung, dass weiterer Schaden dadurch abgewendet wird, dass die Koalitionsfraktionen dem vorliegenden Antrag heute direkt zustimmen werden. - Vielen Dank.

*(Beifall bei der LINKEN und bei den GRÜNEN)*

**Präsident Dr. Gunnar Schellenberger:**

Danke, Frau Buchheim. - Für die Landesregierung spricht Herr Minister Richter in Vertretung des Ministers Herrn Schulze.

**Michael Richter (Minister der Finanzen):**

Sehr geehrter Präsident! Meine Damen und Herren! Lassen Sie mich erst einmal in der Funktion als Finanzminister sprechen. Frau Lüddemann, Sie wissen mehr, als ich weiß, wenn Sie sagen, dass die Stadt Dessau-Roßlau 8 Millionen € aus dem FAG weniger bekommt.

*(Cornelia Lüddemann, GRÜNE: Geplant!)*

Dann kennen Sie wohl schon das FAG, das in der Form zurzeit gerade noch in der Anhörung auf der Landesregierungsseite ist, und zwar für das Jahr 2024

*(Cornelia Lüddemann, GRÜNE: Es ist doch schön, wenn es nicht so ist!)*

- und das sage ich Ihnen auch gleich - bis 2026.

*(Cornelia Lüddemann, GRÜNE: Das ist doch schön! - Zuruf von Guido Kosmehl, FDP)*

Wir können sicherlich im September 2023, wenn wir hierzu die erste Lesung haben, darüber interessiert miteinander diskutieren.

Meine Damen und Herren! Wie der Präsident gerade sagte, vertrete ich den Minister Herrn Schulze. Sie haben schon darauf hingewiesen, dass das ein Thema in der Regierungsbefragung war, in der er sich dazu schon eindeutig geäußert hat.

Die Bundesgartenschauen finden in der Regel in einem Zweijahresrhythmus an wechselnden Standorten statt. Wir hatten im Jahr 1999 in Magdeburg im Elbauenpark, einem umgestalteten ehemaligen Militärstandort, die erste Gartenschau hier im Land. Heute ist dies ein lohnendes Ausflugsziel und ein Veranstaltungsort. Ich denke, es hat sich gelohnt, damals entsprechend zu investieren.

*(Zustimmung)*

Wir hatten das Gleiche im Jahr 2015 in der Stadt Havelberg - ich mache wieder einen Einschub als Finanzminister; viele werden es vielleicht nicht mehr wissen -, eine Buga mit fünf Standorten, vier davon in Brandenburg, einer in Havelberg in Sachsen-Anhalt, also in zwei Ländern. Das war natürlich nicht ganz einfach. Das war damals ein Versuch. Das hat Havelberg sicherlich gutgetan. Sie haben es schon angesprochen: Die Infrastruktur ist dort ganz massiv aufgebaut worden.

Der Stadtrat der Stadt Dessau-Roßlau fasste nunmehr am 8. März dieses Jahres einstimmig den Beschluss zur Bewerbung für die Bundesgartenschau 2035 auf der Basis einer umfassenden Machbarkeitsstudie. Eine mögliche

Bewerbung steht unter dem Vorbehalt der Unterstützung durch die Landesregierung. Minister Schulze hat es am Mittwoch in der Regierungsbefragung schon deutlich gemacht, dass es diese auf jeden Fall geben wird. Die Buga 2035 soll nach Angaben der Stadt zu einem Meilenstein in der Stadtentwicklung werden. Die damit verbundenen Investitionen und Maßnahmen sollen auf das Jahr 2035 konzentriert werden. Ihre Wirksamkeit soll aber weit über das Jahr 2035 hinaus erhalten und natürlich auch erkennbar bleiben.

Das Leitbild der Stadt soll sein: eine Bauhausstadt, in der die Moderne Tradition hat. Ich denke, das ist ein interessantes Leitbild. Wir können einmal schauen, inwieweit wir das noch weiter vertiefen können. Die Buga in Dessau sieht sich als hervorragend geeignete Botschafterin des Bundeslandes Sachsen-Anhalt. Sie sieht sich im Kontext der Herausforderung einer modernen Lebens- und Arbeitswelt zwischen den kulturhistorischen Highlights der Welterbestätten Gartenreich Dessau-Wörlitz und Bauhaus an den Flüssen Elbe und Mulde gelegen.

Die ambitionierten und zukunftsorientierten Ziele einer Buga im Jahr 2035 sind allerdings mit erheblichen Kosten - wie heute schon gesagt wurde - für die Stadt und für das Land in den kommenden zwölf Jahren verbunden. Die Machbarkeitsstudie der Stadt geht von einem Gesamtfinanzierungsbedarf in Höhe von etwa 140 Millionen € aus.

Jetzt wieder aus der Sicht des Finanzministers, der auch eine Buga intensiv mit vorbereiten musste, nämlich im Jahr 2015 aus der Sicht von Brandenburg: Dort hatten wir die Möglichkeit, die entsprechenden Förderprogramme mit einzusetzen. Es muss also nicht nur Landesgeld aufgewendet werden, sondern wir haben

hier die Möglichkeit zu versuchen, das über Förderprogramme zu unterstützen. Insoweit ist es wichtig, frühzeitig damit anzufangen, um die Zeit zu nutzen und sich entsprechend darauf vorzubereiten.

Die Summe von 140 Millionen € ist schon genannt worden. Die Stadt Dessau-Roßlau hat bereits gute Vorarbeiten mit der Machbarkeitsstudie und mit einem Entwurf einer Investitionsbank sowie mit einem Durchführungshaushalt geleistet. Auf deren Basis werden aktuell die Möglichkeiten der Unterstützung innerhalb der Landesregierung geprüft und zusammengetragen.

Grundsätzlich steht die Landesregierung dem Vorhaben positiv gegenüber. Es muss aber natürlich noch im Einzelnen über die Finanzierung entschieden werden. Wir müssen uns sicherlich auch Gedanken darüber machen, wie wir in der Zukunft mit den Landesgartenschauen umgehen, ob wir auch hier eine Möglichkeit haben, eine Buga möglicherweise auch unter Einbeziehung einer Verschiebung von Landesgartenschauen zu unterstützen. - Schönen Dank für die Aufmerksamkeit.

*(Beifall bei der CDU und bei der FDP)*

**Präsident Dr. Gunnar Schellenberger:**

Danke, Herr Minister Richter. - Wir steigen in die Debatte ein. Wir beginnen mit dem Kollegen, der schon steht. - Herr Hövelmann, bitte.

**Holger Hövelmann (SPD):**

Vielen herzlichen Dank, Herr Präsident. - Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Es hätte so schön werden können.

*(Olaf Meister, GRÜNE, lacht)*

Wir hätten heute ein tolles Signal in das Land hinein senden können, dass wir gemeinsam mit breiter Brust die Bewerbung der Stadt Dessau-Roßlau für die Bundesgartenschau 2035 unterstützen, wie wir es auch im Koalitionsvertrag verabredet haben.

*(Beifall bei der SPD, bei der LINKEN und bei den GRÜNEN - Zustimmung bei der CDU)*

Ich gebe ehrlich zu, dass ich noch immer etwas irritiert bin, und das will ich auch ganz persönlich sagen. Denn es war mir in zehn Minuten möglich, ein halbes Dutzend Anträge im Dokumentationsnetz des Landtages zu finden, die von den Fraktionen gemeinsam und auch von Abgeordneten eingebracht worden sind und unter denen selbstverständlich die Namen und die Fraktionen stehen, nämlich CDU und DIE LINKE.

*(Sebastian Striegel, GRÜNE: Hört, hört! - Oliver Kirchner, AfD: So war das bei der Nationalen Front auch!)*

Ich bin nach wie vor etwas irritiert darüber, dass gerade bei dem Thema Buga und Unterstützung dieser Bewerbung die Grundsätze der CDU infrage stehen.

*(Cornelia Lüddemann, GRÜNE: Ja, ja! - Lachen bei den GRÜNEN)*

Ich will das hier so offen sagen,

*(Zustimmung bei der LINKEN und bei den GRÜNEN)*

weil ich das schade und der Thematik überhaupt nicht angemessen finde. Ich sage auch:

Ich ganz persönlich bin, weil ich mich für diesen Antrag eingesetzt habe, enttäuscht.

*(Lachen bei der AfD)*

Aber nichts hat nur Schlechtes; es hat auch etwas Gutes. Darum lassen Sie uns über die Chancen reden, die wir daraus schöpfen können, und darüber, was wir in den nächsten Wochen und Monaten machen können, um diese Bewerbung erfolgreich werden zu lassen. Lassen Sie uns darüber reden, dass wir eine Unterstützung organisieren wollen, die dazu führt, dass die Infrastruktur im Oberzentrum Dessau-Roßlau für die Zukunft fit gemacht wird, dass wir den Tourismus stärken wollen, dass wir eine Binnenmarketingorganisation hinkriegen, die dafür sorgt, dass das Zusammengehörigkeitsgefühl und die Identität mit der Region gestärkt werden können. Genauso sagen wir: Öffnen wir unser Tor zur Welt; die Bundesgartenschau ist eine Gartenschau für die gesamte Bundesrepublik Deutschland, kommt alle nach Dessau-Roßlau 2035!

*(Beifall bei der SPD, bei der LINKEN und bei den GRÜNEN - Zustimmung bei der CDU und bei der FDP)*

Es lohnt sich, nach Sachsen-Anhalt zu kommen. Das muss uns gelingen.

Gestatten Sie mir, noch etwas zu den Kosten zu sagen, weil ich finde, auch an dieser Stelle sollten wir uns richtig ehrlich machen. Die Zahl, die in den Raum geworfen worden ist, die 140 Millionen €, unterstellt, dass das Kosten sind, die nur für die Buga entstehen werden. Das unterstellt, dass die Stadt Dessau-Roßlau in den nächsten Jahren keine Mittel aus originären Förderprogrammen des Landes Sachsen-Anhalt für die Stadtentwicklung bekommen

würde. Das ist natürlich Quatsch; denn die Stadt Dessau-Roßlau macht natürlich auch eine ganz normale Stadtentwicklung. Die Investitionen, die sie tätigt, macht sie nicht einmal für die Stadt und einmal für die Buga, sondern sie macht sie doch für die Stadt und für die Buga.

*(Zustimmung bei der SPD, bei der LINKEN und bei den GRÜNEN - Cornelia Lüddemann, GRÜNE: Na ja, nicht ganz!)*

Insofern sind das Investitionen, die man, glaube ich, nicht einfach so in einen Topf werfen kann, um dann zu sagen: Das funktioniert so alles nicht.

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Ein Punkt der Unvereinbarkeit, von der wir gelesen und gehört haben, ist, dass diesem Antrag heute nicht über die Klippe geholfen werden soll, sondern dass er überwiesen werden soll. Das gibt uns aber die Chance, diesen guten Antrag - ich selbst habe mit daran geschrieben -

*(Lachen bei der LINKEN und bei den GRÜNEN - Dr. Falko Grube, SPD, lacht)*

noch besser zu machen und die Zeit zu nutzen, um hier im Parlament am Ende einen von breiter Mehrheit getragenen Antrag durchzutragen,

*(Zuruf)*

der dazu führt, dass wir eine sehr erfolgreiche Bundesgartenschau 2035 in Dessau-Roßlau haben werden. - Vielen Dank.

*(Beifall bei der SPD, bei der LINKEN und bei den GRÜNEN)*

**Präsident Dr. Gunnar Schellenberger:**

Herr Bommersbach hat eine Frage an Sie. Wollen Sie diese beantworten?

**Frank Bommersbach (CDU):**

Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrter Herr Hövelmann, ich schätze Sie als Kollegen außerordentlich. Sie wissen das. Aber ich denke, dass die Form vielleicht nicht so angemessen ist. Es gibt manchmal objektive Gründe,

*(Sebastian Striegel, GRÜNE: Objektive Gründe? Welche? - Olaf Meister, GRÜNE: Welche?)*

die zu der einen oder zu der anderen Entscheidung geführt haben. Diese muss man einfach akzeptieren. Ich finde es nicht angemessen, wenn man jetzt permanent in die gleiche Kerbe haut;

*(Olaf Meister, GRÜNE: Nennen Sie einmal drei Gründe! - Zuruf von Eva von Angern, DIE LINKE)*

denn die beiden Kolleginnen haben nach bestem Wissen und Gewissen die richtige Entscheidung für ihre Stadt Dessau-Roßlau getroffen. Wir als Koalition werden alles dafür tun, dass das auch hervorragend gelingen wird. Nur das zählt. - Herzlichen Dank.

*(Beifall bei der CDU)*

**Holger Hövelmann (SPD):**

Lieber Kollege Bommersbach, vielen Dank. Ich darf es noch einmal sagen: Ich schätze das

Engagement meiner Kolleginnen Anja Schneider und Karin Tschernich-Weiske sehr. Das steht völlig außer Frage.

*(Zustimmung bei der CDU)*

Wir arbeiten in der Region, für die Interessen der Region und der Wahlkreise, für die wir verantwortlich sind, gut miteinander. Ich will aber auch deutlich machen, dass ich selbstverständlich respektiere und akzeptiere, wenn die CDU-Fraktion für sich eine solche Entscheidung trifft. Ich nehme mir aber das Recht heraus, Sie in aller Höflichkeit, in aller Form darauf hinzuweisen, dass es für mich jedenfalls nur schwer verständlich ist, wenn Sie in einem Dutzend Fälle selbstverständlich anders entscheiden

*(Cornelia Lüddemann, GRÜNE: Wenn es um das eigene Geld geht! - Zurufe von Olaf Meister, GRÜNE, und von Eva von Angern, DIE LINKE)*

und sich in dem Fall der Buga-Bewerbung und der entsprechenden Unterstützung abweichend verhalten. Gestatten Sie mir bitte, dass ich dazu eine kritische Position einnehme.

Aber um Ihre zu Beginn gestellte Frage zu beantworten: Selbstverständlich respektiere ich Ihre Entscheidung und die Entscheidung Ihrer Fraktion.

*(Beifall)*

**Präsident Dr. Gunnar Schellenberger:**

Danke, Herr Hövelmann. - Für die AfD-Fraktion spricht Frau Koppehel.

**Nadine Koppehel (AfD):**

Sehr geehrter Herr Präsident! Hohes Haus! Ich freue mich darüber, dass wir uns mit dem Thema auseinandersetzen. Egal wer diesen Antrag stellt, es bleibt dasselbe: ein wichtiges Thema.

Bundesgartenschau klingt auf den ersten Blick nach Blumen, Bienen, Grünflächen und Parks oder nach Aufwertung von städtebaulichen Missständen, die zu Wohlfühllosen für Bürger werden. Das würden wir begrüßen.

Der zweite Blick ist aber schon ernüchternder. Die Ernüchterung stellt sich ein, wenn man sich mit der Machbarkeitsstudie der Stadt Dessau-Roßlau mit dem Titel „Eine Stadt wird Buga!“ beschäftigt. Danach ist die Bundesgartenschau nur der Vorwand zur Durchsetzung grüner Ideologie.

*(Jörg Bernstein, FDP: Oh! - Oh! bei den GRÜNEN)*

Dort ist die Rede von einer Mobilitätswende.

*(Zurufe von den GRÜNEN)*

Große Teile der Innenstadt sollen verkehrsberuhigt werden.

*(Unruhe)*

Rund um den Friederikenplatz soll - ich zitiere aus einer Studie - eine stadträumliche Grünverbindung mit attraktiven Fuß- und Radwegen abseits des motorisierten Verkehrs entstehen.

*(Zurufe: Leute, Leute, Leute! - Jetzt ist alles grüne Ideologie! - Weitere Zurufe von*

*Dr. Katja Pähle, SPD, und von Cornelia Lüdemann, GRÜNE)*

Klartext: Der motorisierte Individualverkehr soll aus weiten Teilen der Innenstadt verschwinden, ja, zum Teil Verkehr totgelegt werden. Mobilitätswende heißt gerade für viele Ältere - das ist in Dessau ja nun der Fall - Mobilitätsverzicht.

Hinzu kommt die Kostenfrage. Selbst wenn alle Fördermittel ausgeschöpft werden, dann entfällt auf die Stadt ein Eigenanteil in Höhe von 35 Millionen € bis 60 Millionen €. Das ist die Schätzung zwölf Jahre vor der Eröffnung. Es ist also ein Blick in die Glaskugel.

*(Olaf Meister, GRÜNE: Also sollte man lieber nichts tun! - Cornelia Lüdemann, GRÜNE: Also keine Straßen mehr bauen!)*

Dabei kann und wird es natürlich nicht bleiben, weil niemand für einen Zeitraum in zwölf Jahren seriös kalkulieren kann - gerade in der heutigen Zeit nicht.

Der Minister sagte am Mittwoch selbst, dass der geringste Teil vom Bund kommen werde. Die Buga in Erfurt erwirtschaftete ein Defizit von 10 Millionen €, die Buga in Brandenburg an der Havel eines von 12 Millionen €. Diese Folgelasten wurden bei der derzeitigen Kalkulation genauso wenig berücksichtigt wie die Baukostenspirale, die durch den Zeitstrahl von zwölf Jahren unweigerlich einsetzt - siehe das aktuelle Beispiel der Gropius-Sporthalle in Dessau; dort bleibt die Preisspirale komplett bei der Stadt hängen.

Hinzu kommt das Problem der nachhaltigen Pflege der neu geschaffenen Grünanlagen. Das funktioniert schon jetzt nicht mehr. Die Stadt

hat weder Personal noch Material, um die bestehenden Grünflächen instand zu halten. Hinzu kommt das Problem, dass die Wasserentnahme in Dessau eingeschränkt werden soll. Woher soll denn das Wasser für die anderen Grünflächen kommen? Das sind realistisch Probleme, die wir nicht außer Acht lassen können.

*(Zustimmung bei der AfD)*

Wir sind nicht bereit, derartige Science-Fiction auf dem Rücken der Steuerzahler und vor allem der Bürger Dessau-Roßlaus mitzutragen. Deswegen werden wir uns den Fragen im Ausschuss stellen.

*(Beifall bei der AfD)*

**Präsident Dr. Gunnar Schellenberger:**

Danke. - Es gibt eine Frage von Herrn Heuer.

**Guido Heuer (CDU):**

Sehr geehrte Kollegin, so etwas Rückwärts-gewandtes habe ich wirklich selten gehört.

*(Beifall bei der CDU, bei der LINKEN und bei der SPD - Matthias Büttner, Staßfurt, AfD: Realistisch! - Tobias Rausch, AfD: Du bist so ein Phrasendrescher geworden!)*

Man kann über vieles diskutieren, aber dass Sie Ihrer eigenen Region die Möglichkeit nehmen wollen, deutschlandweit und europaweit in die Schlagzeilen zu kommen, touristisch nach vorn zu kommen - - Sie haben gesagt, Sie wollen sich den Fragen im Ausschuss stellen. Die Fragen sollten Sie sich angesichts dessen,



was Sie heute erzählt haben, erst einmal selbst stellen.

*(Beifall bei der CDU - Zuruf von der AfD: Das bringt gar nichts, was du erzählst! - Zurufe: Eh! - Das wird auch nichts mehr! - Weitere Zurufe von der AfD)*

**Präsident Dr. Gunnar Schellenberger:**

Ich glaube, wir - -

**Nadine Koppehel (AfD):**

Ich habe gesagt, wir werden uns im Ausschuss Fragen anhören und Fragen stellen. Das muss doch reichen. Es hat doch nichts damit zu tun, dass ich mich querstelle.

*(Zurufe von der LINKEN: Doch! - Klar! - Zurufe von der AfD - Unruhe)*

Aber es müssen doch kritische Fragen gestellt werden.

*(Anhaltende Unruhe)*

Sie selbst sind doch auch nicht davon überzeugt.

*(Beifall bei der AfD)*

**Präsident Dr. Gunnar Schellenberger:**

Für die FDP-Fraktion spricht Herr Bernstein.

**Jörg Bernstein (FDP):**

Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich würde gern wieder den

Part des positiven Blicks in die Zukunft übernehmen.

*(Zustimmung bei der FDP, bei der CDU und bei der SPD)*

Dass mir als Dessau-Roßlauer die Bundesgartenschau ganz persönlich am Herzen liegt, wird Herr Landtagspräsident bestätigen können. Wir haben damals in den Koalitionsverhandlungen zusammengesessen, und ich habe mich damals dafür eingesetzt, dass dieser Passus seinen Niederschlag im Koalitionsvertrag findet. Mein Dank geht auch an den heute leider nicht anwesenden Minister Herrn Schulze. Er hat in der Regierungsbefragung am Mittwoch ganz klar die Bedeutung einer solchen Bundesgartenschau, nicht nur für die Stadt Dessau-Roßlau,

*(Zustimmung bei der CDU)*

sondern für unser ganzes Land, ich möchte sogar sagen, für die gesamte Bundesrepublik, herausgestellt. Dafür herzlichen Dank. Natürlich ist es als zuständiger Fachminister auch seine Pflicht, einen kritischen Blick auf die Finanzen zu werfen. Das sage ich auch als Finanzpolitiker.

Bei dem Stichwort Finanzierung richte ich auch einen Dank an das MID und Ministerin Frau Dr. Hüskens. Sie haben die Finanzierung der Machbarkeitsstudie unterstützt.

*(Frank Bommersbach, CDU: Weil sie die Straßen dorthin in Ordnung hält! - Zuruf von der CDU: Aha!)*

„Eine Stadt wird Buga!“ - der Titel der Machbarkeitsstudie wurde bereits zitiert -, so lautet auch das Motto, hinter dem sich der Stadtrat meiner Stadt Dessau-Roßlau, dem ich angehöre, einstimmig - bei sieben Enthaltungen - versammelt hat.

Da immer wieder darüber diskutiert wird, gebe ich einen Hinweis an alle interessierten Kollegen: Die Machbarkeitsstudie können wir gern versenden. Sie ist sehr lesenswert.

*(Oliver Kirchner, AfD: Das stimmt!)*

Es geht nicht um eine klassische Bundesgartenschau, wie man sie kennt, sondern es geht darum, wie sich eine Stadt mit entsprechender Größe, in dem Fall Dessau-Roßlau, zukunftsfest aufstellen kann.

Diese Machbarkeitsstudie ist von vier Leitthemen geprägt, etwa neues Arbeiten, Gärten im Klimawandel. Dabei geht es auch darum, wie man z. B. Wasser eben nicht aus der Fläche abführt, sondern in der Fläche hält.

*(Zustimmung bei der CDU)*

Die Diskussion wurde von den Kolleginnen und Kollegen von der AfD auch im Stadtrat geführt, aber ich habe dem nicht entnehmen können, dass man die persönliche Mobilität einschränken will. Aber ich bin dafür, einmal darüber nachzudenken, wie man konkrete Lösungsansätze erarbeiten kann.

*(Zuruf von der AfD)*

Es geht um die Mobilität der Zukunft. Es geht um Geschichte und um Zukunft der Moderne. Dazu fallen mir die Stichworte Bauhaus, aber auch die Tradition des Fürstentums und des Freistaates Anhalt ein, die in ihrer Gänze identitätsstiftend für unser Land sind.

*(Zustimmung bei der FDP und bei der CDU)*

Ich denke, diese Themen machen die Strahlkraft dieser Gartenschau aus. Auch darauf wies Minister Herr Schulze bereits hin.

Mit Blick auf die Zeit möchte ich einige kurze Anmerkungen zur Finanzierung machen. Klar sind diese 140 Millionen € eine riesengroße Summe; sie mag einen erschlagen. Aber wenn man sich diese Machbarkeitsstudie ansieht, dann findet man darin einen Betrag von 83 Millionen €, der ohnehin für die städtebauliche Entwicklung geplant ist. Insofern relativiert sich das am Ende.

*(Guido Kosmehl, FDP: 2035! Das weiß noch niemand!)*

- Wir werden abzinsen und dann wird es vielleicht noch ein bisschen günstiger.

Die Frage der Überweisung wurde angesprochen. Auch wir als FDP-Fraktion werden einer Überweisung zustimmen. - Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

*(Zustimmung bei der FDP, bei der CDU und bei der SPD)*

**Präsident Dr. Gunnar Schellenberger:**

Danke, Herr Bernstein. - Frau Buchheim spricht für die Fraktion DIE LINKE.

**Christina Buchheim (DIE LINKE):**

Vielen Dank. - Ich danke Herrn Hövelmann für die klaren Worte, denen wir uns natürlich nur anschließen können. Ich muss sagen, wir hätten uns eine direkte Abstimmung gewünscht - das Thema wird ohnehin im Ausschuss aufgerufen werden müssen; denn so steht es im Antrag -, aber es gibt wieder Gründe, die das unmöglich machen. Wir werden uns einer Überweisung nicht verschließen, aber eine direkte Abstimmung wäre möglich gewesen.

Der Beitrag der AfD war unterirdisch

*(Beifall bei der LINKEN und bei den GRÜNEN  
- Hendrik Lange, DIE LINKE: Wie immer!)*

und hat gezeigt, dass Gestaltung mit Ihnen einfach nicht möglich ist. Sie suchen überall das Haar in der Suppe.

*(Beifall bei der LINKEN - Oliver Kirchner, AfD:  
Leider ist es bei Ihnen schon eine ganze  
Perücke geworden! Was Sie da schon für  
Haare gelassen haben! - Lachen bei der AfD)*

Dass Sie sich für Ihre eigene Region hier so hinstellen, ist einfach unterirdisch.

*(Beifall bei der LINKEN und bei den GRÜNEN)*

Ich möchte noch ein paar persönliche Worte an Sie richten, weil dies für mich heute die letzte Rede hier im Plenum sein wird und ich am 10. Juli 2023 mein neues Amt in Köthen antreten werde.

*(Tobias Rausch, AfD: Erst mal den Demokratiecheck machen!)*

Deswegen kann ich nur sagen, dass ich mich als zukünftige Bürgermeisterin der Stadt Köthen darauf freue, dann gemeinsam mit der Stadt Dessau-Roßlau für die Umsetzung der Bundesgartenschau zu streiten, weil ich wirklich davon überzeugt bin, dass das für die ganze Region Anhalt, Dessau-Roßlau, Wittenberg positive Aspekte bringen wird.

*(Beifall bei der LINKEN und bei den GRÜNEN)*

Ich blicke auf sieben Jahre Mitgliedschaft in diesem Hohen Hause zurück, die für mich nicht selbstverständlich war. Erst ein Direktmandat im Jahr 2016 hat mir diesen Weg geebnet und

ich habe sieben Jahre lang sehr gern im Petitionsausschuss und im Innenausschuss mitgearbeitet. Ich habe hier viele neue Erlebnisse gehabt, viele neue Erfahrungen machen dürfen und viele neue Menschen kennenlernen dürfen. Von vielen positiven Erlebnissen werde ich auch in Zukunft zehren können.

Es gab aber auch einen Tiefschlag in meinem Leben hier, und zwar ein Erlebnis beim Sommerfest 2018:

*(Matthias Büttner, Staßfurt, AfD: O ja!)*

das politische Ausschlagen durch die AfD in Form der Diskreditierung meiner Person. Ich muss sagen, das hat mich damals als Frau sehr getroffen.

*(Ulrich Siegmund, AfD: Was war denn da,  
Frau Buchheim? Was war denn da?  
- Matthias Büttner, Staßfurt, AfD, lacht)*

Ich bin froh, dass das verfolgte Ziel nicht gefruchtet hat

*(Ulrich Siegmund, AfD: Sie waren nicht mehr  
ansprechbar! - Weitere Zurufe von der AfD)*

und dass die Bürgerinnen und Bürger nach wie vor hinter mir stehen.

*(Beifall bei der LINKEN und bei den GRÜNEN  
- Zuruf von Ulrich Siegmund, AfD)*

Das hat das Wahlergebnis angesichts des höchsten Amtes in einer Kommune gezeigt.

Ich möchte mich deshalb an dieser Stelle bei den demokratischen Fraktionen, bei den Damen und Herren von der Landesregierung und der Landtagsverwaltung für die gute Zusammenarbeit bedanken.

*(Beifall bei der LINKEN, bei der CDU, bei der SPD, bei der FDP und bei den GRÜNEN - Unruhe bei der AfD)*

**Präsident Dr. Gunnar Schellenberger:**

Ihre Redezeit ist zu Ende.

**Christina Buchheim (DIE LINKE):**

Ich möchte einen Wunsch an die Landespolitik richten: Legen Sie bei den anstehenden Haushaltsberatungen ein Augenmerk auf die Kommunal Finanzen,

*(Oh! bei der AfD)*

und vergessen Sie dabei nicht, dass Demokratie in der Kommune anfängt. Ich wünsche Ihnen alles Gute und viel Gesundheit. Man wird sich sicherlich wiedersehen. - Vielen Dank.

*(Lang anhaltender Beifall bei der LINKEN, bei der CDU, bei der SPD, bei der FDP und bei den GRÜNEN)*

**Präsident Dr. Gunnar Schellenberger:**

Danke, Frau Buchheim. - Herr Siegmund, als Fraktionsvorsitzender?

*(Ulrich Siegmund, AfD: Ja, als Fraktionsvorsitzender!)*

- Dann bitte.

**Ulrich Siegmund (AfD):**

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Sehr geehrter Herr Präsident! Frau Buchheim, ich

finde es absolut unredlich, dass Sie Ihre letzte Rede in diesem Haus missbrauchen, um kalten Kaffee, der älter als fünf Jahre ist, hervorzuholen,

*(Lachen und Zustimmung bei der AfD)*

um irgendein Argument an den Haaren herbeizuziehen und irgendeinen Strohhalm zu nutzen, um uns zu diskreditieren. Das weisen wir absolut zurück. Das ist eine absolute Frechheit, meine sehr geehrten Damen und Herren.

*(Beifall bei der AfD)*

Das einzig Gute daran ist, dass ich so die Gelegenheit habe klarzustellen, was damals passiert ist. Frau Buchheim, Sie waren an diesem Abend geistig nicht mehr zurechnungsfähig.

*(Starker Beifall bei der AfD - Dr. Katja Pähle, SPD: Das ist unglaublich! - Hendrik Lange, DIE LINKE: Das ist unglaublich! - Eva von Angern, DIE LINKE: Das ist eine Frechheit! - Weitere Zurufe von der LINKEN und von den GRÜNEN - Unruhe)*

Sie haben mich persönlich - -

*(Starker Beifall bei der AfD)*

**Präsident Dr. Gunnar Schellenberger:**

Herr Siegmund!

**Ulrich Siegmund (AfD):**

Sie haben mich in Ihrem Suff als Nazi bezeichnet. Das ist die Realität.

*(Dr. Katja Pähle, SPD: Das ist eine Frechheit! - Hendrik Lange, DIE LINKE: Unglaublich!)*

- Weitere Zurufe von der LINKEN und von den GRÜNEN - Unruhe)

**Präsident Dr. Gunnar Schellenberger:**

Herr Siegmund, stopp!

(Unruhe)

- Pscht! - Herr Siegmund, das ist einen Ordnungsruf wert.

**Ulrich Siegmund (AfD):**

Das ist die Realität, die sich auf diesem Landtagshof zugetragen hat,

(Anhaltende Unruhe)

**Präsident Dr. Gunnar Schellenberger:**

Herr Siegmund!

**Ulrich Siegmund (AfD):**

und das muss raus. - Vielen Dank, meine sehr geehrten Damen und Herren.

(Starker Beifall bei der AfD - Unruhe)

**Präsident Dr. Gunnar Schellenberger:**

Erstens. Das war auf jeden Fall ein Ordnungsruf.

(Beifall bei der LINKEN und bei den GRÜNEN)

Zweitens. Wir werden uns das noch einmal anschauen.

Drittens. Tun Sie mir kurz vor der Sommerpause einen Gefallen: Mäßigen Sie sich, überlegen Sie, was Sie tun.

(Cornelia Lüddemann, GRÜNE: Das ist zu spät! - Zuruf: Zu spät! - Zuruf von der AfD: Das ist die Wahrheit!)

- Für Sie vielleicht auch manchmal, tut mir leid.

(Lachen und Zustimmung bei der CDU und bei der AfD)

Jetzt bremst euch aber wirklich mal. Das gilt für alle.

(Zustimmung bei der CDU - Zuruf von der CDU: Ihr seid keinen Deut besser!)

- Das ist das Problem: Wir schaukeln uns gegenseitig hoch.

(Zuruf von Ulrich Siegmund, AfD)

Wir haben in der letzten Zeit einige Dinge gemacht, über die wir wirklich nachdenken sollten. Ich bitte Sie, sich wieder runterzufahren. - Jetzt hat Frau von Angern als Fraktionsvorsitzende das Wort.

**Eva von Angern (DIE LINKE):**

Danke, Herr Präsident. - Ich würde es auf keinen Fall darauf beruhen lassen, so allgemein zu sagen, benehmen Sie sich alle, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen von den demokratischen Fraktionen.

(Beifall bei der LINKEN, bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Es war die letzte Landtagssitzung, bei der ich mich als Fraktionsvorsitzende zu Wort gemeldet

habe und mich insbesondere vor meine Kolleginnen hier im Landtag von Sachsen-Anhalt gestellt habe. Und auch heute tue ich das wieder. Ich bin seit 2002 Mitglied dieses Landtages.

*(Zuruf von der AfD: Das sagt sie jedes Mal!)*

Das, was hier im Jahr 2018 passiert ist, anlässlich eines Sommerfestes, bei dem wir wissen, dass wir vor der Sommerpause noch einmal auf Augenhöhe,

*(Matthias Büttner, Staßfurt, AfD: Auf Augenhöhe?)*

gemeinsam sitzend, egal ob Koalition oder Opposition, miteinander ins Gespräch kommen wollen, was hier gegenüber einer Kollegin dieses Haus passiert ist, ist ein völlig indiskutabler Vorgang gewesen.

*(Beifall bei der LINKEN und bei den GRÜNEN - Matthias Büttner, Staßfurt, AfD: Was ist denn passiert? - Zuruf von der AfD: Sie hat mit Zigaretten herumgeworfen!)*

Ich sage das auch mit Blick auf die gestrige Debatte anlässlich der Situation von Frauen und Mädchen, die in Frauenschutzhäusern Schutz suchen,

*(Oh! bei der AfD - Zuruf: Manipulation ist das! So nennt man das!)*

und auf die Reaktion der AfD-Fraktion in Bezug auf diese Frauen, diesen despektierlichen und beschämenden Umgang.

*(Tobias Rausch, AfD: So ein Schwachsinn! Nur weil sie nicht mit Alkohol umgehen kann! Junge, Junge! - Weitere Zurufe von der AfD)*

Deswegen: Nein, die Wahrheit ist sehr konkret: Es gab hier schlimme Vorfälle, schlimme Anfeindungen gegenüber den weiblichen Kolleginnen im Landtag von Sachsen-Anhalt.

*(Unruhe bei der AfD)*

Ich bitte die Herren der demokratischen Fraktionen: Stellen Sie sich an unsere Seite, stellen sich auch gern einmal vor uns.

*(Starker Beifall bei der LINKEN, bei der SPD und bei den GRÜNEN - Unruhe)*

**Präsident Dr. Gunnar Schellenberger:**

Wir setzen fort. - Frau Tschernich-Weiske, bitte.

*(Lachen bei der AfD - Zuruf von der AfD: Gut, dass wir das noch mal geklärt haben! - Unruhe)*

**Karin Tschernich-Weiske (CDU):**

Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Die Bundesgartenschau in Sachsen-Anhalt ist eine Erfolgsgeschichte. Die Stadt Magdeburg und die Havel-Region profitieren bis heute von der Durchführung der Buga. Magdeburg hat im Jahr 1999 Unglaubliches geleistet. Als erst zweite Stadt in den neuen Bundesländern hat sie ein Naherholungsgebiet geschaffen, welches bis heute mit innovativen Ideen und wechselnden Angeboten Menschen aller Generationen begeistert.

*(Zustimmung bei der CDU)*

Im Jahr 2015 konnte die Gemeinde Havelberg als Teil der ersten dezentralen Bundesgartenschau mehr als 1 Million Besucher begeistern.

Sowohl in Magdeburg als auch in Havelberg hat sich die Buga als Wachstumsmotor für die gesamte Region herausgestellt.

*(Zustimmung bei der CDU)*

Als CDU-Fraktion unterstützen wir die Entscheidung des Stadtrates von Dessau-Roßlau, einen solchen Motor erneut zu bauen. Bei Gesprächen mit den Initiatoren vor Ort spürt man die Energie und den Willen, die Buga auszurichten. Bereits jetzt muss ein Gesamtkonzept entwickelt werden, welches Zukunft hat.

Dass in Dessau-Roßlau etwas Großes entstehen kann, liegt auf der Hand. Nicht umsonst hat sich bereits eine Jury-Delegation die Fortschritte der Planung vor Ort angesehen.

*(Zustimmung von Sandra Hietel-Heuer, CDU, und von Frank Bommersbach, CDU - Zuruf)*

Viele Fragen nach der erforderlichen Infrastruktur, der nachhaltigen Nutzung und den Entwicklungsmöglichkeiten müssen im Vorfeld geklärt werden. Die Finanzierung soll an dieser Stelle jedoch explizit angesprochen werden. Vergleichbare Projekte wie die Buga 2029 in Mannheim schlagen mit rund 105 Millionen € zu Buche. Erfurt zahlte für seine Buga insgesamt 140 Millionen €. Die Landesbeteiligung lag jeweils bei ca. 50 %. Die restlichen Kosten verteilen sich auf Eigenleistungen der Kommune und Mittel der Buga GmbH aus Ticketverkäufen und Sponsorenverträgen.

Wir sollten an dieser Stelle bei aller berechtigten Euphorie für die Buga die finanziellen Belastungen für unser Land nicht unter den Tisch fallen lassen.

Trotzdem ist Dessau-Roßlau neben den offensichtlichen Highlights Bauhaus und Dessau-

Wörlitzer Gartenreich von dem UNESCO-Biosphärenreservat Mittelelbe umgeben. Diese Voraussetzungen sind einmalig und das inhaltliche Konzept ist überzeugend und einer Buga würdig.

*(Beifall bei der CDU)*

Ich lade Sie deshalb ein, in dem Ausschuss für Landwirtschaft, Ernährung und Forsten, bei dem die Federführung liegen soll, sowie in den Ausschüssen für Wirtschaft und Tourismus, für Finanzen, für Infrastruktur und Digitales, für Wissenschaft, Energie, Klimaschutz und Umwelt sowie für Bundes- und Europaangelegenheiten, Medien und Kultur, die mitberatend sein sollen, konstruktiv mit uns zu diskutieren, und beantrage die Überweisung des Antrags in diese.

*(Beifall bei der CDU)*

**Präsident Dr. Gunnar Schellenberger:**

Danke, Frau Tschernich-Weiske. - Für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN spricht Frau Lüddemann.

**Cornelia Lüddemann (GRÜNE):**

Ich möchte gar nicht mehr so viel sagen, mich aber ganz herzlich bei all den Kolleginnen und Kollegen bedanken, die sehr sachlich und inhaltlich auf das Thema eingegangen sind; zuvörderst geht mein Dank an den Kollegen Hövelmann. Denn tatsächlich - das will ich hier so offen sagen - haben wir beide diese Idee entwickelt. Damals - daran zeigt sich für mich, dass sich sehr viel in diesem Hohen Haus verändert hat -, als es um das Bauhaus-Jubiläum ging, war es noch eine Selbstverständlichkeit, dass

Fraktionen hier ein klares Zeichen setzen konnten. Dass es jetzt nicht einmal mehr möglich ist, hier eine sachliche Debatte zu führen, zeigt, wie sich das Niveau in diesem Haus verändert hat.

*(Beifall bei den GRÜNEN und bei der LINKEN)*

Ich bin dankbar dafür - ich hatte nicht so viel Redezeit, um über die Finanzen ausführlich zu reden -, dass noch einmal sehr deutlich gesagt wurde, dass es ein Gesamtfinanzierungskonzept ist und dass es natürlich - deswegen habe ich das betont - eine Buga in der Stadt ist, dass also alle die Dinge, die sowieso gemacht werden - ob Stadtbegrünung, Radwegebau etc., alles, was die Kommune sowieso tut -, Teil dieses Konzeptes sind.

Ich bin auch Herrn Finanzminister Richter sehr dankbar. Ich habe seinen Worten vorhin entnommen, dass Dessau nicht 8 Millionen € weniger, sondern vielleicht am Ende sogar mehr Mittel bekommt. Denn er wusste davon nichts. Das ist natürlich ein schönes Zeichen in Richtung Dessau.

Nun soll Antrag in so viele Ausschüsse überwiesen werden.

*(Zuruf von der CDU)*

Bei aller Freude an dem Gesamtergebnis: Wir wissen, was das bedeutet. Ich habe auch erwähnt, dass die Auswahlkommission im Sommer entscheiden will. Aber sei es drum: Wir werden uns der Überweisung des Antrages nicht verschließen. Wie sinnvoll diese Überweisung ist, werden wir dann sehen. - Vielen Dank.

*(Beifall bei den GRÜNEN, bei der LINKEN und bei der SPD)*

**Präsident Dr. Gunnar Schellenberger:**

Danke, Frau Lüddemann. - Dann sind wir am Ende der Debatte.

**Abstimmung**

Ich fasse zusammen, damit Sie feststellen können, ob ich es richtig verstanden habe. Es wurde die Überweisung zur federführenden Beratung in den Ausschuss für Landwirtschaft, Ernährung und Forsten und zur Mitberatung in die Ausschüsse für Finanzen, für Infrastruktur und Digitales, für Wissenschaft, Energie, Klimaschutz und Umwelt, für Wirtschaft und Tourismus, für Finanzen sowie für Bundes- und Europaangelegenheiten, Medien und Kultur beantragt. Von Bildung habe ich nichts gehört?

*(Zuruf: Nein!)*

- Ich habe es nur erwähnt. - Wer der Überweisung des Antrages in die genannten Ausschüsse zustimmen möchte, den bitte ich um das Kartenzeichen. - Das ist das gesamte Hohe Haus. Dann ist der Antrag überwiesen worden und der Tagesordnungspunkt ist beendet.

Wir kommen zu dem

**Tagesordnungspunkt 33**

Beratung

**Bericht über den Stand der Beratung zum Antrag „Baustein zur Mobilitätswende: Dienstradleasing für Beamt\*innen in Sachsen-Anhalt ermöglichen“ - Drs. 8/1661**

Berichterstattungsverlangen Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Drs. 8/2761



Berichterstatter ist der Kollege Gürth. - Bitte.

**Detlef Gürth (Berichterstatter):**

Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN verlangt gemäß § 14 Abs. 2 GO.LT die Abgabe eines Berichtes über den Stand der Beratungen zum Antrag mit dem Titel „Baustein zur Mobilitätswende: Dienstradleasing für Beamt\*innen in Sachsen-Anhalt ermöglichen“ in der Drs. 8/1661.

Diesen Antrag überwies der Landtag in der 27. Sitzung am 12. Oktober 2022 zur Beratung in den Ausschuss für Finanzen. Ziel des Antrages ist es, die Landesregierung zu beauftragen, dem Landtag eine Novelle zum Landesbesoldungsgesetz zur Beratung vorzulegen. Ziel der Novellierung soll die Schaffung der Möglichkeit eines Dienstradleasings für Beamte und Beamtinnen sein. Dafür wäre in das Gesetz eine Regelung aufzunehmen, die eine entsprechend definierte Ausnahme von dem Verbot des Besoldungsverzichts gemäß § 2 Abs. 3 des Landesbesoldungsgesetzes ausdrücklich zulässt. Die Novelle sollte dem Landtag bis zum ersten Quartal 2023 vorgelegt werden.

Der Ausschuss für Finanzen befasste sich in der 25. Sitzung, also zeitnah, am 24. November 2022 bereits mit diesem Antrag. Im Ergebnis der Beratung wurde deutlich - dies hat auch die Debatte im Landtag gezeigt -, dass es sich hierbei nicht nur um ein Thema in Sachsen-Anhalt handelt. Der Ausschuss verständigte sich deshalb darauf, sich nach den Haushaltsberatungen für das Haushaltsjahr 2023 erneut mit diesem Thema zu befassen.

Das Haushaltsgesetz 2023 wurde im März dieses Jahres beschlossen und der Ausschuss für Finanzen nahm den in Rede stehenden Antrag

unmittelbar danach auf die Tagesordnung, nämlich in der 40. Sitzung am 4. Mai 2023. Allerdings wurde der Antrag zu Beginn der Sitzung von der Tagesordnung genommen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Eine Beratung ist nunmehr für die Sitzung des Ausschusses für Finanzen am 6. Juli 2023 geplant. In dieser soll zunächst eine Verständigung zum weiteren Verfahren herbeigeführt werden. - Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

*(Beifall bei der CDU und bei der FDP)*

**Präsident Dr. Gunnar Schellenberger:**

Vielleicht ist es dem einen oder anderen aufgefallen: Wir haben etwas Neues gemacht. Wir haben die Berichterstattung aus dem Ausschuss gehört, bevor Frau Lüddemann erklärt hat, warum ein Bericht verlangt wird. Das Verlangen muss zuvor erklärt werden. Das war ein Test, ob es jemand merkt. - Nein, es war ein Versehen von mir; ich gebe es zu. Ich habe diesen Fehler gemacht. - Danke, Frau Lüddemann, dass Sie mir das haben durchgehen lassen. Wir haben es ja geheilt.

**Cornelia Lüddemann (GRÜNE):**

Es ist doch auch schön, dass ein Verlangen bereits erfüllt wird, bevor es überhaupt ausgesprochen worden ist. Das ist in diesem Hohen Hauses einmal etwas ganz Neues. Denn in der Tat ist es jetzt erst einmal meine Aufgabe, diesen Bericht zu verlangen. Ich will das auch begründen.

Sehr geehrte Damen und Herren! Von der globalen Herausforderung, der Bekämpfung der Klimakrise, zum Landesbesoldungsgesetz Sachsen-Anhalt mag es ein weiter Bogen sein.

Aber die Formel dahinter ist eigentlich sehr klar und leicht nachvollziehbar.

Attraktive Angebote zur Nutzung von hochwertigen Fahrrädern, etwa über ein Dienstradleasing oder - wie in der vorherigen Legislaturperiode geschehen - über ein Lastenradförderprogramm, setzen individuelle Anreize zur Mehrnutzung eines Zweirades anstelle eines Pkw. Ab einer gewissen Größenordnung dieses im Einzelfall individuellen Umstieges kommt es dazu, dass wir den Modal Split insgesamt verändern und dass wir mehr im Umweltverbund unterwegs sind als im motorisierten Individualverkehr. Das heißt weniger Emissionen von Treibhausgasen. Das heißt, wir verschlimmern die Klimakrise nicht noch weiter. Das heißt aber auch mehr individuelle Gesundheit.

*(Zustimmung von Dorothea Frederking, GRÜNE)*

Die Relation zwischen der Klimakrise und einzelnen Landesbeamtinnen und -beamten, die häufig Fahrrad fahren, mag im Einzelnen klein wirken. Aber wenn man - das ist die Situation, in der wir uns befinden - um jedes Zehntel Grad kämpfen muss, dann ist jedes Fahrrad ein Gewinn.

*(Zustimmung von Dorothea Frederking, GRÜNE)*

Viele kleine Hebel haben am Ende zusammen eine große Wirkung: millionenfache Pendlerbewegung, die es gilt, klimaneutral zu gestalten. In anderen Bundesländern wird das nicht nur mit dem Dienstradleasing unterstützt, sondern es gibt auch aktive Unterstützung des Landes beim Projekt „Stadtradeln“. Neben der umweltfreundlichen Komponente ist auch die Unterstützung der individuellen Gesundheit, die am Ende sogar auch noch dem Arbeitgeber nutzt, ein wesentlicher Punkt.

*(Zuruf von Kathrin Tarricone, FDP)*

Es gibt also viele gute Gründe, die es uns als GRÜNE nicht hinnehmen lassen, dass dieses Anliegen „Dienstradleasing in Sachsen-Anhalt“ im Finanzausschuss vor sich hindümpelt; der Kollege hat es dankenswerterweise schon ausgeführt.

Dieses Thema erblickt immer einmal die Tagesordnung und dann verschwindet es wieder in der Versenkung, weil die Regierungsfaktionen uneins sind, was man damit denn nun tun sollte.

*(Zuruf von Guido Kosmehl, FDP)*

Wer nicht auf uns hören will oder wer unserer Argumentation nicht glaubt, dem empfehle ich ein Gespräch mit den Gewerkschaften.

*(Zuruf von Guido Kosmehl, FDP)*

Die haben mich vielfach zu diesem Anliegen angeschrieben. Ich kann einfach nicht verstehen, warum man es nicht ermöglicht. Das heißt ja nicht, dass das alle jetzt machen müssen, sondern es soll eine Ermöglichung sein.

*(Guido Kosmehl, FDP: Was sagt denn der DBB?)*

- Na, Sie müssen das Gesetz ändern. Das ist doch ganz klar.

*(Guido Kosmehl, FDP: Nein!)*

Sie müssen Dienstradleasing ermöglichen.

*(Zuruf von Guido Kosmehl, FDP)*

- Natürlich geht das. Für die Beamtinnen geht das. Und für die anderen, für die Tarifbeschäftigten, muss darüber im Zusammenhang mit

dem nächsten Tarifvertrag in der Tariff Kommission verhandelt werden. Das ist doch gar keine Frage.

*(Beifall bei den GRÜNEN - Zurufe von der CDU - Guido Kosmehl, FDP: Die wollten das doch gar nicht!)*

- Sehen Sie, genau das - -

*(Guido Kosmehl, FDP: Wir haben doch mit dem DBB gesprochen!)*

- Wir auch! Wir haben extra am Montag,

*(Guido Kosmehl, FDP: Genau!)*

weil wir das vorausgesehen haben,

*(Zuruf von Guido Kosmehl, FDP)*

in diesem Hohen Haus mit dem Kollegen Meister zusammen - ich habe also einen juristischen Zeugen - das Gespräch gesucht. Mit uns wurde offenbar anders gesprochen als mit Ihnen. Aber das lässt sich nicht weiter nachvollziehen.

Dort wurde klar gesagt: Auch der öffentliche Dienst im Land Sachsen-Anhalt ist auf der Suche nach guten Fachkräften.

*(Unruhe bei der CDU und bei der FDP)*

Da wir uns dabei natürlich in einem Geflecht bewegen, ist es wichtig, dass wir zusätzlich zu der Besoldung noch andere Attraktivitätspunkte schaffen.

*(Zuruf von Guido Kosmehl, FDP)*

Dort wurde uns gesagt: Dienstradleasing wäre eine Attraktivitätserhöhung.

*(Zustimmung von Eva von Angern, DIE LINKE)*

Abschließend noch ein Wort zum Zukunfts- und Klimakongress, der in der vergangenen Woche zu Ende gegangen ist. Dort findet sich auch ein solcher Vorschlag.

*(Zuruf von Guido Kosmehl, FDP)*

Ich glaube, Sie sollten Ihren eigenen Prozess hier auch mit Taten untersetzen. - Vielen Dank.

*(Beifall bei den GRÜNEN und bei der LINKEN - Zuruf von Guido Kosmehl, FDP)*

### **Präsident Dr. Gunnar Schellenberger:**

Danke. - Dem Berichterstattungsverlangen ist gemäß § 14 Abs. 2 GO.LT entsprochen worden. Die Reihenfolge war ein bisschen anders. Das hat vielleicht sogar Zeit gespart. Damit ist der Tagesordnungspunkt - -

*(Zuruf von der AfD: Wir haben Redebedarf angemeldet!)*

- Es wurde Redebedarf angemeldet? - Der Tagesordnungspunkt ist ohne Debatte.

*(Zuruf von der AfD: Heute Morgen!)*

- Gut, dann kann ich nur sagen: Auch das ist heute Morgen nicht zu mir gekommen. Aber wenn das so ist, dann ist es so.

*(Zuruf von der AfD: Danke!)*

- Bitte.

### **Hagen Kohl (AfD):**

Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Letztmalig wurde der Antrag der GRÜNEN zum Dienstradleasing in der

Sitzung des Finanzausschusses am 4. Mai 2023 aufgerufen. Da die Koalitionsfraktionen noch intern Beratungsbedarf hatten, wurde der Antrag von der Tagesordnung genommen. Vom Ausschussmitglied der GRÜNEN wurde diese Verfahrensweise im Übrigen nicht kommentiert.

Wenn es seitens der GRÜNEN ein gesteigertes Interesse an der Behandlung des Antrages gegeben hätte, dann hätte man zumindest so etwas wie einen Anflug von Kritik erwarten dürfen. Aber es kam rein gar nichts. Ich vermute sogar, dass es Ihnen ganz recht war; denn so können Sie uns mittels Berichterstattungsverlangen mit Ihrem Fahrradthema wieder und weiter gehörig auf den Geist gehen.

*(Beifall bei der AfD)*

Ich hätte mir schon deshalb eine Behandlung des Antrags im Finanzausschuss gewünscht, um diesen dort genüsslich zu zerpfücken.

Ich möchte nicht auf die bereits bekannten und zahlreichen Kritikpunkte unserer Fraktion eingehen oder diese wiederholen, sondern lediglich darauf hinweisen, dass Beamte aufgrund ihres Treueverhältnisses verpflichtet sind, in geordneten wirtschaftlichen Verhältnissen zu leben.

*(Gordon Köhler, AfD: Genau!)*

Das heißt, jeder Beamte ist finanziell in der Lage, sich bei Bedarf ein Fahrrad anzuschaffen und damit, wenn er oder sie es will, zur Dienststelle zu radeln. Beamte, die kein Fahrrad besitzen, benötigen folglich keines. Das können Sie, werte GRÜNE, aber nicht akzeptieren, weil Sie zur Not Menschen ein Fahrrad mit Geld

aufnötigen wollen, um sie zu Fahrradfahrern umzuerziehen.

*(Zustimmung bei der AfD - Zurufe von Olaf Meister, GRÜNE, und von Cornelia Lüdde-mann, GRÜNE)*

Dabei sind häufig ausgerechnet jene, die das Fahrrad glorifizieren und anderen aufzwingen wollen, die schlechtesten Vorbilder. Zum Beweis eine Anekdote aus der Stadtratssitzung in Magdeburg vom Donnerstag in der letzten Woche.

Als gegen Abend Regen aufzog - Herr Meister wird sich daran erinnern -, kamen lautstarke Forderungen aus der Stadtratsfraktion der GRÜNEN, die Sitzung abubrechen, weil man mit dem Fahrrad vor Ort sei und noch trocknen Fußes nach Hause kommen wolle.

*(Lachen bei der AfD - Zuruf von Dr. Falko Grube, SPD)*

Viele Stadträte verließen tatsächlich vor dem Ende der Sitzung das Rathaus. Entlarvend wie zugleich amüsant war es zu sehen, dass ausgerechnet die größten Fahrradfetischisten im Rathausfoyer ausharrten, weil sie sich nicht im Regen nach Hause trauten.

*(Lachen bei der AfD - Olaf Meister, GRÜNE: Was ist denn das für ein Niveau?)*

So entbehrt es nicht einer gewissen Komik, dass gerade die selbst ernannten Vorkämpfer für die fahrradbasierte Verkehrswende den Beweis dafür liefern, dass erstens das Fahrrad kein alltagstaugliches Fortbewegungsmittel ist und

*(Dr. Katja Pähle, SPD: Oh! - Zuruf von Olaf Meister, GRÜNE)*

zweitens die GRÜNEN nicht nur Schönwetterredner, sondern auch Schönwetterradler sind.

*(Beifall bei der AfD)*

Daher freue ich mich schon auf die Beratung des Antrags am 6. Juli im Finanzausschuss. Ich würde mich insbesondere darüber freuen, Frau Lüddemann, wenn Sie an dieser Beratung teilnehmen könnten.

*(Beifall bei der AfD)*

**Präsident Dr. Gunnar Schellenberger:**

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Damit ist der Tagesordnungspunkt beendet.

**Schlussbemerkungen**

Wir sind damit am Ende der 46. Sitzung des Landtages angelangt.

*(Unruhe)*

- Ich habe es gesehen. - Ich wünsche Ihnen eine gute Urlaubszeit, die Sie hoffentlich dafür nutzen, um manche Dinge zu überdenken.

*(Starker Beifall bei der CDU, bei der AfD, bei der SPD und bei der FDP - Cornelia Lüddemann, GRÜNE: Ich kann euch eine Liste geben!)*

Ich möchte das nicht weiter kommentieren - nicht, dass man mir das falsch auslegt - und ich möchte auch keine Vergleiche bringen.

Denn Vergleiche hinken meist. Ich denke, jeder hat exakt verstanden, was ich meine.

*(Kathrin Tarricone, FDP: Wer es verstehen will, ja!)*

- Genau! Wer es verstehen will, ja. - Dafür bin ich dankbar. Es liegt mir am Herzen. Es liegt mir wirklich am Herzen, dass wir an dieser Stelle in uns gehen und wirklich die Zeit nutzen. Wir haben Zeit bis zu der nächsten Sitzungsperiode - das ist die 23. Sitzungsperiode - am 7. September und 8. September. Ich glaube, jeder hat es jetzt verstanden.

Es gibt eine Meldung der Fraktionsvorsitzenden Frau von Angern.

*(Zurufe: Oh! - Ulrich Siegmund, AfD: Sie machen es nicht besser! - Weitere Zurufe)*

**Eva von Angern (DIE LINKE):**

Ich hatte mich vorher gemeldet. - Sehr geehrter Herr Präsident, vielen Dank, dass Sie mir das Wort gegeben haben. Es gibt zwei Dinge, die ich gern noch vor der Sommerpause erledigen möchte.

Das Erste mit Blick auf die letzten drei Tage ist - das möchte ich an dieser Stelle noch einmal ausdrücklich sagen -: Wir haben ein großes Interesse daran, dass die Stelle des Datenschutzbeauftragten im Land Sachsen-Anhalt besetzt wird. Wir stehen für Gespräche dazu zur Verfügung.

*(Unruhe - Zurufe: Oh! - Kathrin Tarricone, FDP: Hättet ihr ihn doch gewählt! - Weitere Zurufe)*

Ich denke, wir haben bewiesen - auch im Zusammenhang mit der Debatte um die Buga -, dass von unserer Seite aus Verlässlichkeit besteht. Deswegen bitte ich Sie einfach, darüber noch einmal nachzudenken.

Das Zweite ist - das ist mir im Moment tatsächlich das Wichtigere -: Ich möchte mich namens der Fraktion DIE LINKE im Landtag von Sachsen-Anhalt ganz herzlich für die letzten sieben Jahre bei meiner Kollegin Christina Buchheim bedanken.

Liebe Christina, du hast es mit einer großen Kollegialität - auch über Fraktionsgrenzen hinweg - geschafft, dass der Petitionsausschuss und damit auch die Petentinnen und Petenten eine sehr hohe Anerkennung im Land Sachsen-Anhalt erhalten haben. Das ist nicht unwichtig. Ich persönlich wünsche dir alles Liebe, alles Gute für das Amt der Bürgermeisterin und die hohen Auszahlungen im Rahmen des FAG,

die du dir wünschst, damit du tatsächlich ein liebens- und lebenswertes Köthen gestalten kannst.

*(Guido Kosmehl, FDP: Mehr Kreisumlage!)*

Ich wünsche dir, dass du die Chance bekommst, auch weibliche Akzente zu setzen. Darauf freue ich mich im Besonderen. Ich hoffe, dass du immer ausreichend Zeit für dich und deine Familie hast. - Herzlichen Dank.

*(Starker Beifall bei der LINKEN, bei der CDU, bei der SPD und bei den GRÜNEN)*

**Präsident Dr. Gunnar Schellenberger:**

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Eine gute Urlaubszeit! Die Sitzung ist beendet.

Schluss: 11:50 Uhr.